

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat
Durch die Post pro Monat 1,00 Mark; pro Quartal 4,00 Mark
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adressen:
Klubverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abschrift unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wiedmann, Bochum.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.

Anzeigen kosten die sieben geschwätzigen Kolonien.
Jede zehn Zsp. dieser Blätter 1,- Mark.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
20maliger Aufnahme 80 Prozent Rabatt.

Baldurs Tod.

Balder, der Hölde, Gute sprach:
Ich muß nun sterben;
Das kleine Pflänzchen Misteltein
War mein Verderben. —

Und doch, das arme Misteltein
Trägt kein Verschulden,
Beim Treuschwur vergaßen es
Die Erdenhulden. —

Und auch dem blinden Hödur sind
Ganz rein die Hände,
Die finst're Norne nur allein
Bestimmt das Ende. —

Nach ihrem Schluss muß jeder hin
Zur Hölle wandern;
Ihr sind die Götter untertan
Wie alle andern. —

Lebt wohl ihr Brüder in Walhall
Und Asgards Freuden,
Lebt wohl ihr lieben Schwestern all';
Ich muß nun scheiden.

So hat der gute weise Gott
Balder gesprochen,
Dann schlossen seine Flugen sich
Vom Tod' gebrochen. —

B. A.

Regierung und Sozialismus.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die preußische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Bergbaufreiheit schaffen soll. Es ist davon in der Arbeiterschaft schon kurz Notiz genommen worden, aber der Gesetzentwurf verdient schon mit Rücksicht auf die durch die Neuwahlen zum Reichstag geschaffene politische Lage eine besondere Besprechung. Bei den Reichstagswahlen am 25. Januar soll die Arbeiterpartei eine „erschütternde Niederlage“ erhalten haben. Und am 31. Januar legt die preußische Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, in dessen Begründung die Richtigkeit der sozialistischen Wirtschaftslehre nun unumstößlich zugegeben ist. Ein außerordentliches Zusammentreffen. Mit ihrem Berggesetz schlägt die preußische Regierung einen neuen Weg ein; d. h. jeder Staatsbürger, der die Privatinteressen dem Gemeinwohl unterordnen will, wesentlich sein Einverständnis erklären kann. Die Zechen- und Hüttentreibepreise wirft natürlich der Regierung vor, sie lege „Grundsteine für den sozialistischen Zukunftsstaat.“

Worum handelt es sich? Der Regierungsentwurf will die noch verbliebenen Kohlen- und Kaliabfelsfelder der unbegrenzten privatkapitalistischen Spekulation und Ausbeutung entziehen. Vor Erlass des heute noch gültigen „Allgemeinen Preußischen Berggesetzes“ bestand zwar auch die „Bergbaufreiheit“, d. h. jeder hatte das Recht zu schürfen, zu nutzen und Bergbau zu betreiben, aber staatsrechtlich war der Landesfürst Eigentümer der Erdhöfe; er behielt sich zunächst mal das Ausbeutungsrecht (Bergregal) vor und erließ nur Konzessionen gegen sehr hohe Abgaben auf. Durch das Berggesetz von 1865 wurde dieses landesfürstliche Bergrecht abgeschafft, an seine Stelle trat eine so gut wie unbeschränkte Bergbaufreiheit. Jeder kann nach diesem Gesetz — unter Einhaltung gewisser Vorschriften — schürfen, die Verleihung des reichsübrigen Minerals beantreten (mieten) und die Bergbehörde muß dem „ersten Finder“ die Verleihungsurkunde ausstellen. Seit 1895 ist sogar die staatliche „Aufsichtssteuer“ (zwei Prozent des Bruttotragens der Gruben) aufgehoben. Infolgedessen gelangen die Privatkapitalisten ohne Einschränkung in den kostengünstigen Besitz gewaltiger Grubenfelder, die einen ungeheuren volkswirtschaftlichen Wert repräsentieren.

Dieser Zustand ist so unhaltbar, direkt gemeingefährlich geworden, daß auf Grund eines Gesetzes vom 6. Juli 1905 („Der Camp“) für Preußen für den Zeitraum von zwei Jahren „neue Nutzungen“ übertragen sind, aber was wir damals voraus sagten, ist eingetroffen: Die „Der Camp“ ist nicht nur ungenügend, sie hat auch infolge der beliebten Auslegungspraxis zur weiteren Stärkung der Privatmonoplisten und der kapitalistischen Syndikate geführt! Dies gesteht die Begründung des neuen Gesetzentwurfs offen zu.

Über die Wirkung der „Bergbaufreiheit“ führt die Begründung der Regierungsvorlage in interessanter Weise aus:

„Bei der fast schrankenlos zu nennenden Bergbaufreiheit und der dadurch gebotenen Möglichkeit, große Gewinne mit verhältnismäßig geringem Kostenaufwand zu erzielen, kann es nicht aufkommen, daß schon bald nach dem Inkrafttreten des Allgemeinen Berggesetzes (1865) die Spekulation sich in weitem Umfang der Aufsuchung verleihbarer Mineralien zuwende. So hat schon im ersten Jahrzehnt nach Erlass des Allgemeinen Berggesetzes ein einzelnes Konsortium im Oberbergamtbezirk Halle Braunkohlenfelder mit einem Gesamtflächeninhalt von über 16 Quadratmeilen erworben; in ähnlicher Weise haben einzelne Schürfer im Oberbergamtbezirk Breslau ganze landrätsliche Kreise mit Braunkohlennutzungen im Oberbergamtbezirk Bonn in Südwürttemberg den ganzen Westerwald in der Ausdehnung von über 24 Quadratmeilen mit Eisensteinnutzungen überdeckt.“

Die Begründung der Regierungsvorlage sieht dann auseinander, diese privatkapitalistische Beischlagsnahme der Erdhöfe sei vielfach nicht ehrlich geschahen, um die Erdhöfe auszunutzen, sondern um unanständige Spekulation zu dienen. Die Durchforstung des oberlandesfürstlichen Bodens nach anderen mineralischen Mineralien sei dadurch

verhindert oder erschwert worden. Und dann folgt eine ausdrückliche Rechtfertigung der sozialistischen Wirtschaftslehre, die von der Regierung mit folgenden Worten als gemeinverständlich anerkannt wird:

„Insoweit aber das verliehene Bergbauereigentum von wickelichen Wert ist, gefördert seine allzu ausgebreitete Vereinigung in der Hand einzelner Interessenten das Gemeinwohl in noch höherem Grade. Der Einfluß einzelner Personen auf die Versorgung des Marktes mit wichtigen und unentbehrlichen Gegenständen des allgemeinen Bedarfs und Verbrauchs wird in bedenklichem Maße verstärkt, unter Umständen sogar die Gefahr einer nicht ausreichenden Versorgung des Marktes mit den Erzeugnissen des Bergbaues und einer rücksichtslosen Preis-

treiberei nahegelegt.“

Das unterschreibt wir Wort für Wort. Wir freuen uns, endlich solche Anerkennung der Bedürfnisse des Gemeinwohls in einer Regierungsvorlage zu finden. Höchst bedauerlich ist nur, daß diese Grundsätze nicht schon vor Jahrzehnten, als sich die schlimmen Folgen der „Bergbaufreiheit“ zeigten, in einem entsprechenden Gesetz zur Geltung gelangten. Inzwischen sind nämlich ungeheure Bodenschäden in den Besitz des Privatkapitals übergegangen, gewaltige Flächen vaterländischer Erde mit riesigem Mineralreichtum haben sich die Millionärsgesellschaften kostenlos verschafft, so daß die Aufhebung der „Bergbaufreiheit“ rechtlich spät, wenn nicht zu spät regierungsgesetzlich vorgeschlagen wird.

Dieses Versäumnis wird von der Regierungsvorlage indirekt zugegeben. Klipp und klar wird gelagert, daß die „Bergbaufreiheit“ in Wirklichkeit nur noch ein Vorrecht millionenreicher Unternehmer ist, die kleinen und mittleren Kapitalisten schon ausgeschaltet sind. Die Begründung der Regierungsvorlage erfordert die Entwicklung des Bergwerksbetriebs zu Tiefbaumanlagen, deren Eingründung und Fortführung nur noch außerordentlich kapitalstarken Kreisen überantwortet ist, eben durch die Versäumnisse auf dem Gebiete der Berggesetzgebung. Wie weit die Macht der Privatmonopolisten schon gediehen ist, darüber sagt die Begründung der Regierungsvorlage:

„Nun hat sich auch die Bohrtechnik in neuerer Zeit ungemein vervollkommen und die Aufsuchung der fraglichen Mineralien (Steinkohle und Salze) wesentlich erleichtert. Über die besten technischen Einrichtungen und leistungsfähigen Apparate auf diesem Gebiete befinden sich sämtliche wissenschaftlichen Materialien, auf denen Sändigkeiten und Erfahrungen der Bergbauern und Bergarbeiter beruhen.“

„Vor dem Bergunternehmer, die auch fast ausschließlich über das in der Handhabung und Bedienung dieser verbesserten technischen Mitteln geschulte Personal verfügen. Diese Bohrgesellschaften und Unternehmer mit den hinter ihnen stehenden Banken und Kapitalisten haben daher geradezu ein Monopol (alleiniges Recht) in Beziehung auf die Erwerbung von Bergwerken eigenamt an Steinkohle und Salzen erlangt und es sind ihnen durch ihre Bedeutung auf diesem Gebiete vielfach Gewinne zugestossen, die außer jedem Verhältnis zu der von ihnen entfalteten Tätigkeit und des übernommenen Risikos standen.“

„Im übrigen ist die von dem Allgemeinen Berggesetz gewollte „Bergbaufreiheit“ für Steinkohle und Salze so gut wie ausgetilgt, da ein Dritter nicht wagen darf, gegen die übermächtigen Gesellschaften und Unternehmer in den Wettbewerb zu treten.“

Das ist ein offenes Eingeständnis der gemeinschaftlichen, übermächtigen Entwicklung des privatkapitalistischen Monopols in unserem Bergbau. Von Staatssozialisten und Sozialdemokraten ist dieser Entwicklungsgang schon vor vielen Jahren konstatiert, und zu rechtzeitiger Vorbeugung durch gemeinsame Aenderung des Berggesetzes aufgefordert worden. Damals nannte man das „sozialistische Zukunftsmittel“, heute sieht sich die preußische Regierung gezwungen, die sozialistischen Vorausstufungen zu bestätigen.

Die „Internationale Bohrgeellschaft Erlebenz“ ist auf dem fraglichen Gebiete die mächtigste Monopolgesellschaft, fähig „erbohrt“ sie hunderte Grubenfelder, auf Grund des längst veralteten Gesetzes muß der Staat den internationalen Kapitalisten die Grubenfelder kostenlos verleihen und dann verkauft die Gesellschaft jedes Feld, für das sie etwa 80—100 000 Mk. „Bohrkosten“ verausgabte, für mehrere Millionen Mark an „Bergbaulustige“. Die Internationale Bohrgeellschaft hat voriges Jahr 500 Prog. Dividende verteilt, obwohl sie viele Millionen Mark mühseligen Gewinn noch garnicht zur Auszahlung brachte. Das ist doch ein Zustand, der aller Vernunft kahn spricht. Ganz richtig erklärt nun die Regierung, es sei den „Gründägen einer gefundenen Volkswirtschaft“ besser entsprechen, wenn der Staat sich die Mineralhöfe vorbehalte zur Ausbeutung statt — wie es geschehen — zunächst die Mineralien unentbehrlich an Private zu verleihen, um sie „hinterher zu hohen, zu den inzwischen erfolgten Aufwendungen nicht im richtigen Verhältnis stehenden Preisen wieder zurückzuverwerben.“

Ganz gewiß ist dieses Verfahren eine unhaltbare Schädigung des Volkswohles und eine schwere Schwächung der Staatsfinanzen. Aber weshalb hat die Regierung es soweit kommen lassen? Wir haben schon vor vielen Jahren die Aufhebung der ganz unsinnig gewordenen „Bergbaufreiheit“ verlangt, ja wir sind nicht nur für das Verhältnis des Staates an den Mineralien, sondern für eine Verstaatlichung des Bergbaus eingetreten. Viele Millionen Mark sind aus der Staatskasse für Erwerb von Grubenfeldern (z. B. im nördlichen Ruhrgebiet) an die Privatmonopolisten ausgezahlt worden, denen derselbe Staat vorher die wertvollen Felder gehabt hatte. 1894 hätte die Regierung ihren Gesetzentwurf betr. staatliches Kaliabmonopol auf die noch unverliehenen Kohlenfelder ausdehnen und unter Darlegung der Gründe an das Volk appellieren sollen; wenn der Landtag diesem wirklich gemeinsamen Gesetze die Zustimmung versagte, könnte die Regierung durch ein Reichsgesetz ihren Zweck zu erreichen suchen. Dabei hätte sie alle sozial denkenden Volkskreise und Volksvertreter auf ihrer Seite und der große Wurf might gelingen. Heute sind die Monopolisten sehr viel stärker geworden, die Regierung selbst empfand Scham, mit ihnen anzubinden. Und doch muß es geschehen.

Wir sind sicher, auf dem Wege den die Regierung mit ihrem Gesetzentwurf eingeschlagen hat, findet sie die Unterstüzung gerade der Partei und sozialpolitischen Richtung, die soeben noch in Regierungskundgebungen als „vaterländisch“, „vereinend“, „imperialisch“ beschimpft worden ist. Der Gesetzentwurf ist zwar sehr unansehnlich, er mußte minderwertig annehmen die soziale

Leistung“ von Bergwerksfeldern an Privatkapitalisten verbietet, während er immer noch dem Minister freistellt, solche „Übertragungen“ zu vollziehen. Auch der Betriebszwang der verbliebenen Bergwerke muß sehr verschärft werden. Doch bedeutet der neu vorgeschlagene § 2, welcher lautet:

„Die Aussuchung und Gewinnung der Steinkohle, des Steinsalzes, der Kali-, Magnesia- und Boraxsalze und der Salzquellen steht allein dem Staat zu. Der Staat kann das Recht zur Aussuchung und Gewinnung dieser Mineralien an andere Personen übertragen. Die Übertragung soll gegen Entschädigung und auf Zeit erfolgen.“

„Die Aussuchung und Gewinnung der Steinkohle, des Steinsalzes, der Kali-, Magnesia- und Boraxsalze und der Salzquellen steht allein dem Staat zu. Der Staat kann das Recht zur Aussuchung und Gewinnung dieser Mineralien an andere Personen übertragen. Die Übertragung soll gegen Entschädigung und auf Zeit erfolgen.“

Wer es redlich meint mit unserem Gemeinwohl, wer nicht die nationalen Bodenschäden zur urchristlichen Vereidigung einer internationalen Millionärsgesellschaft überlassen will, der wird der Regierung zurufen: Bleibe hart im Interesse des Gemeinwohls!

Gehe nicht zurück, sondern vorwärts auf dem beschrittenen Wege! Das ist der Boden, auf dem gern mitarbeiten wollen diejenigen, denen eine gewissenlose Sympathie das vaterländische Gefühl abspricht. Weicht die Regierung wieder zurück, nachdem sie mit solcher Klarheit die Gefährlichkeit der Privatmonopolisten erläutert hat, wie will sie dann vor dem Urteil des Volkes bestehen?

Indessen, mag der Gesetzentwurf angenommen oder abgelehnt werden, seine Begründung ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Es ist ein Zusammentreffen von hoher historischer Bedeutung, daß die Regierung sechs Tage nachdem sie und ihre Hülstruppen über die Wahlniederlage der Sozialisten triumphierten, eine Gesetzesvorlage einbringt, die den Grundgedanken der sozialistischen Wirtschaftslehre glänzend rechtfertigt.

Nachricht der Redaktion: Auch der „Bergknapp“ beschäftigt sich mit dem Geleghenheitsur und nennt die ihn befürwortende Erkenntnis

„eine gemeinschaftliche Wirtschaftslehre, die die gesamte Menschheit in einem sozialistischen Rahmen zusammenführt.“

Jahre gemacht werden müssen. Das ist richtig. Aber es sind gerade die vom „Bergknappen“ bei der Wahl unterstützten politischen Gruppen, die sich diesem Fortschritt entgegenwenden, weil sie keine Eingeständnisse an die sozialistische Wirtschaftslehre wollen. Der „Bergknapp“ selbst hat sich seit seinem Bestehen eifrig bemüht, den in dem Regierungsentwurf als gemeinverständlich anerkannten sozialistischen Grundgedanken der Arbeiterschaft als „vaterländisch“, „vaterländisch“, „arbeiterfeindlich“ zu benennen. Der „Bergknapp“ hat damit die Interessen der Privatmonopolisten unterstellt. Der Bergarbeiterverband aber kann für sich das Verdienst beanspruchen, den Grundgedanken der Regierungsvorlage stets befürwortet zu haben. Dies beweist wieder, daß der Bergarbeiterverband eine folgerichtige, praktische Arbeitspolitik befolgt. Dies muß jetzt auch der „Bergknapp“ anerkennen.

Unlautere Messlame.

In einem Schulbeispiel wollen wir zeigen, mit welchen „neuesten Tricks“ die M. Gladbachs jetzt Messlame für sich zu machen versuchen.

Der „christliche Textilarbeiter“ lädt die M. Gladbach in einem bombastischen Artikel, überschrieben: „Was nun?“ Jawohl, was nun?

Märtschreiterisch wird der Welt verkündet, „sieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ zögen in den Reichstag ein; die mit dem Geleghenheitsur und den Wahlkämpfen gejagten Sozialdemokratie habe eine „gewaltige Niederlage“ erlitten. Sehen wir uns vorerst die „Sieben“ an, jo ist darunter auch der Antisemitisch Schack, ein „Volksvertreter“, der im alten Reichstag sogar das geplante Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften und Gewerkschaften verteidigte! Also das ist ein „christlich-nationaler Arbeitervertreter?“ Dann sind Ahlwardt und Dreschgraff Bücker ebenfalls „Arbeitervertreter“. Kaiser Friedrich hat das gute Wort geprägt: „Der Antisemitismus ist die Schmach des Jahrhunderts.“

Von den „neuen Männer“ unter den Sieben ist Herr Schirmer als bayrischer Zentrumsabgeordneter für den Landtag dadurch bekannt geworden, daß seine Partei gegen den Achtstundentag der bayrischen Bergleute gestimmt hat! Welche sozialpolitischen Verdienste Herr Becker M. Gladbach und Herr Franz Behrens sich um die Arbeiterschaft erworben haben, ist zwar allgemein unbekannt, aber der „Textilarbeiter“ führt auch diese beiden als große Leuchten ein. Herr Schirmer, Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes und des „Gesamttauschusses der christlichen Gewerkschaften“ ist bekannt geworden durch seinen überradikalen Ausspruch: „Wir haben erkannt, daß diejenigen, die das Geld in Händen haben, auf Christentum und Religion pfeifen.“

Und gerade dieser Überradikalismus wirkt in seinem Blatte den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ — Überradikalismus vor. Herr Wiedeberg, der Vorsitzende des christlichen Bauarbeiterverbandes, verdaubt seine Wahl in Hamm-Soest nur dem direkten Eintreten der Sozialdemokraten für ihn. Wenn sich die Sozialdemokraten auch nur der Stimme enthalten hätten, fiel Wiedeberg durch.

Wenn die „Nationalen“ im Essener Kreis so fanatisch gegen Herrn Giesberts agitiert hätten, wie die Zenträume und eine Reihe Gewerkschaftsführer im Bochumer Kreis gegen Hué, dann fiel Giesberts durch, so findet, wie das Amen in der Kirche. Hué ist faktisch gegen die Zechen- und Hüttensparteien und die Zentrums-Partei durchgedrungen. Hätte Giesberts in Essen auch eine so geschlossene Gegnerschaft gehabt, er wäre nicht in den Reichstag. So liegen die Dinge in Wirklichkeit.

Brachet man die tatsächlichen Erfolge der Zentrums-Partei — für die fast ohne Ausnahme alle Gewerkschaftsführer agitierten — in den großen Industriegebieten, dann findet man, daß diese Partei trotz ihrer ungewöhnlichen Agitation, ihrer beispiellosen Agitatorenmenge, sehr schlecht abgeschnitten hat. Von den eigentlichen Führerstämmen hat das Zentrum mit den passiven Helfern der „Nationalen“ nur Hué erzielt. In Bochum

mund, Bochum und Duisburg sind die vom Zentrum aufgestellten Gewerkschaften nicht einmal in die Wahlwahl gekommen. Daß dieses große Misserfolg schwer enttäuscht hat, kann man überall in Gewerkschaftskreisen hören.

Im Saargebiet hat das Zentrum die verzweifeltesten Anstrengungen gemacht und verlor bei der Wahlkriege, obgleich die Bevölkerung weitberiegend katholisch ist. Noch schlimmer erging es der Zentrumspartei in Schlesien und Posen. Dort verlor sie über 60000 Stimmen und mehrere Mandate, zweitens im öberschleischen Industriegebiet.

Sieht man sich also die Wahlresultate genauer an, so stellt sich heraus, daß die Partei der „christlich-nationalen“ Gewerkschaftsführern in den ausslaggebenden Bergwerks- und Hüttenstritten überraschende Misserfolge, ja schwere Niederlagen erlitten hat.

Der „christliche Textilarbeiter“ bramarbeitet, die „Alles- oder Nichts-Politik“ der Sozialisten findet keinen Aufgang in der Arbeiterschaft. zunächst konstatieren wir, daß die sozialistische Reichstagsfraktion auch nach dem Beugnis ihrer Gegner sich stets selbst beteiligt hat an der gesetzgeberischen Arbeit. Wenn die „Giesbert“ einige Zeit im Reichstag gesessen, werden sie sehen, welche Fraktion in sozialpolitischer Hinsicht am ehrlichsten ist.

Da aber der „christliche Textilarbeiter“ sich auch bewogen fühlt, die praktische, ehrlich erwähnende Gewerkschaftsarbeit als nachahmenswert für den Gesetzgeber zu preisen, so fragen wir den reklamesichtigen M. Gladbachen: Was haben denn die „christlich-nationalen“ Gewerkschaften originelles, mustergültiges geleistet?

Und die Antwort lautet: Alles, was die M. Gladbachen als praktische Gewerkschaftsarbeit von sich loben, haben sie den freien Gewerkschaften nachgemacht! Die überlegende Streikaktivität, der Abschluß von Tarifen, die Auszahlung von Arbeitslosen, Wandoer, Kranken, Invaliden, Umzugs-, Hinterbliebenen-Unterstützung, alles das verdankt seine Erfüllung nicht den M. Gladbachen, sondern die freien Gewerkschaften sind die Hauptschwester. Auch die Hirsch-Dünsterschen Gewerkschaften haben in dieser Hinsicht weit mehr Verdienste, wie die „christlich-nationalen“ Gewerkschaften. Nichts originelles für die Arbeiterschaft haben die M. Gladbachen geschaffen, sie sind nur klavische Nachahmer der freien Gewerkschaften. Das ist zur Steuer der Wahrheit ausdrücklich festzustellen gegenüber der reklamesichtigen Unrechtfertigung der M. Gladbachen.

Was nun? fragt der „christliche Textilarbeiter“ und erklärt, als nächstliegend müsse für die Arbeiterschaft im Parlament gefordert werden: 1. Verbesserung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Schutz der Vereinsfreiheit durch Änderung des § 163 der Geheimeordnung, der ja manchen Gewerkschaftler wegen geringschätziger Verübung ins Gefängnis brachte. 2. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, aber nicht in der eingewanderten Weise, wie der dem Reichstag vorgelegte Regierungsentwurf vorstellt. 3. Arbeitskammern. 4. Zehnstündiger Maximalarbeitszeit für Fabrikarbeiter.

Allerdings, das sind dringende Forderungen der Gesamtarbeiterchaft, wobei wir einstweilen die Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern zweideutlicher sind, überbrückt lassen. Nur wollen wir hervorheben, daß die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften (Möller Kongress) sich überwiegend für Arbeiterkammern entschieden.

Weiß denn aber der „christliche Textilarbeiter“ nicht, daß von allen Reichstagsparteien nur die sozialdemokratische geschlossen schon seit Jahrzehnten die von ihm als dringend bezeichneten Arbeitserfordernisse erhaben und begründet hat?

Die sozialdemokratische Fraktion hat in jeder Legislaturperiode die Befreiung des Vereins- und Versammlungsrechtes von chikanösen Hessen verlangt, zugleich ein Gesetz gegen die das Vereinsrecht der Arbeiter vergeblich wütenden Unternehmer. Lediglich haben Konservative, Nationalliberale, Antisemiten und Zentrum gegen ein freieres Vereins- und Versammlungsrecht gestimmt! Desgleichen ist die Verleihung der Rechtsfähigkeit (ohne Ausnahmehinweise) an die Berufsvereine und die Einführung von Arbeitskammern an dem Widerstand der Regierung und der nichtsozialdemokratischen Abgeordneten gescheitert!

Den zehnstündigen Maximalarbeitszeit durch Gesetz verlangt der „christliche Textilarbeiter“. Als vor einigen Jahren auch der christliche Textilarbeiterverband (Vorsitzender Schiffer) in einer Petition an den Reichstag ein Zehnstundengesetz forderte, da haben die Sozialdemokraten für diese Forderung gestimmt, aber das Zentrum, dem nun Herr Schiffer als Abgeordneter angehört, hat gegen die christliche Textilarbeiterforderung gestimmt!!! Auch das muß nachdrücklich konstatiert werden.

Durch die Schwächung der sozialdemokratischen Fraktion sind also die Aussichten für eine gründliche Arbeiterschutzgesetzgebung bedeutend verschlechtert worden. Und da gebährdet sich die Gewerkschaftspresse, als ob nun eine „neue Ära“ anbringe, weil die „Giesbert“ aufs Schild gestiegen sind. Werden die sich noch wundern.

Glauben die M. Gladbachen denn, mit der Unbeteiligung und Umstechelung der herrschenden Kreise für die Arbeiter Vorteile zu erreichen? Nein, der Glaube ist auch dort nicht vorhanden. Auf dem im Juli 1905 abgehaltenen „christlichen Gewerkschaftskongress“ (Breslau) sagte Herr Giesberts:

„Weder die Arbeitgeber, noch die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, noch der Staat haben ihre Pflicht gegenüber dem Arbeiterschaft erfüllt. Es würde keinem Menschen eingefallen sein, sozialpolitisch zu treiben, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden, wenn nicht die Arbeiter selbst mit nicht misszuverstehender Deutlichkeit ihre Unzufriedenheit zu erkennen gegeben und auf die Wünsche hinweisen hätten. Die Interessen der Arbeiter, das Verlangen nach mehr Rechten, nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, nach Selbstständigkeit, nach Anerkennung und Gleichberechtigung, kurz, die ganze Organisationsbewegung der Arbeiter steht so sehr und so oft im Gegensatz zu den Interessen anderer Berufsstände, daß, menschlich gesprochen, von ihnen ein Entgegenkommen aus freien Stücken gar nicht erwartet werden kann. Stets haben die unteren Klassen um ihre Rechte kämpfen müssen, und aus mit müssen darum kämpfen.“

Herr Giesberts erklärt damit gutwillig sei nichts für die Arbeitnehmer, sie hätten darum kämpfen müssen. Weder Arbeitgeber, noch Staat und Gesellschaft hätten ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft erfüllt, — zu Herr Giesberts aus. Der Kampf um das Arbeiterricht. Die Unzufriedenheit sei die Quelle der sozialpolitischen Gesetzgebung. Herr Giesberts sagt es selbst, und doch zieht die M. Gladbachen nun gerade so, als sei durch die Schwächung der Arbeiterversetzung der Arbeiterschaft gedient. Das ist doch eine Politik, an der nur die Gunst und Gierhafter Freude haben können.

Herr Giesberts sagt, was für die Arbeiter geschehen, hätten sie sich erkämpfen müssen. Das ist ein wertvolles Eingeständnis. Unsere ganze Gesetzgebung ist vor dem Jahre 1890 eingeleitet worden. Seitdem ist kein nennenswertes Arbeiterversicherungs-erst recht sein Arbeiterschutzgesetz ergangen. Bis zum Jahre 1894 gab es aber keine christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Dagegen bestehen die sog. sozialdemokratischen und Hirsch-Dünsterschen Gewerkschaften seit 1867/68. Den sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Kongressen ist also nach dem Beugnis Giesberts, zu danken, was wir überhaupt

bestreben an sozialen Reformgesetzen! Rämeraden, diese Giesbertsche Erklärung kommt jetzt fleißig in der Agitation.

Seit 1894 haben wir „christliche Gewerkschaften“. Solange sie bestehen ist kein einziges nennenswertes Gesetz für die Arbeiter geschaffen worden! Dadurch ist bewiesen, daß die „christliche Gewerkschaftsbewegung“ die sozialpolitische Gesetzgebung nicht fördert, sondern behindert hat!!!

An dieser traurigen Tatsache ist nicht mehr zu deuteln. Die Arbeiterschaft wird auch erst wieder gesetzegebende Erfolge für sich zu verzeichnen haben, wenn für ihre Forderungen eine geeignete, durch keine Berücksichtigung gekennzeichnete Gewerkschaftsbewegung eintrete.

Bum Schlüß noch das Urteil eines Zentrumsslatzes, über die „Sieger“ vom 25. Januar. Ein „Volksgericht“, eine „Berschmetterung“, eine „machtwolle Kraftprobe“ der „christlich-nationalen“ Textilarbeiter soll der 25. Januar geschehen haben, behauptet die Gewerkschaftspresse. Auf die Metamorphosen in der Gewerkschaftspresse geht das Essener Zentrumsslatz, die Volkszeitung vom 15. Februar folgenden fahlen Wasserstrahl:

„Gleich nach dem 18. Dezember tauchte die Nachricht auf, daß die Regierung im Falle eines Misserfolges den Reichstag abermals und nochmals bis zur Erreichung des Sieges auflösen werde. Die Offiziellen gaben ein beschwichtigendes Dementi; aber der Einbruck der ersten Drohung blieb doch in manchem „ruhigbedeckten“ Gemüte haften.

Es sind ja freilich nicht gerade die erstaunlichsten Köpfe und edelsten Charaktere, die sich von solchen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Aber wer hat denn überhaupt den Ausschlag gegeben bei der Verschiebung von netto 36 Mandaten, über welche die Gouvernementen (Regierungsteile) ein Plänenrad über das andere schlagen? Die unklaren Köpfe und die sauren Herzen, die man aus der Rumpelkammer der „Nichtswähler“ hervorgeholt hat.“

Au weh! Die „Sieger“ vom 25. Januar, die der Arbeitervater 36 Mandate abnahmen, sind also nach dem Beugnis der Essener Zentrumsszeitung „unklare Köpfe“ und „saure Herzen“, die aus der „Rumpelkammer“ hervorgeholt wurden! Mit anderen Worten: „Die Unvernunft hat wieder mal über die Vernunft gesiegt.“ Damit ist kein Staat zu machen.

Das Essener Zentrumsslatz sollte aber auch hinzufügen, daß nicht nur die hoffnungsbegeisterten Regierungsparteier „ein Plänenrad über das andere schlagen“ wegen des „Sieges“ der Unvernunft, sondern daß die von der Essener Volkszeitung warm unterstützte Zentrumsgewerkschaftsleiter noch tollere „Psautenräder“ schlagen. Die guten Leute sind ja ganz aus dem Häuschen geraten — oder tun wenigstens so — über den „Siege“ der „unklaren Köpfe“ und „sauren Herzen“. Ein Reklamechwindel wird in Szene gesetzt, der einen Barmi und Bally heidisch machen kann.

Nun, die Erinnerung wird schon noch kommen. Mit „unklaren Köpfen“ und „sauren Herzen“ lassen sich wohl Augenblick erfolge erzielen, aber der Mensch versiegt und der Feigenjammer stellt sich erneut ein.

Unsere Rämeraden lassen sich weder von Kirdorfianern einschüchtern, noch von M. Gladbachen Reklameleuten beeindrucken. Vorwärts heißt unsere Lösung, vorwärts nun erst recht!

Deutsche Thugs.

Indien machten lange Zeit Anhänger einer Sekte, die im Dicke im Hinterhalte lauerten, sich an harmlose Weisende von hinten heranschlichen und dieselben erdrosteten. Sie schenkten jeden offenen Kampf und läbten ihr dunkles Handwerk nur, wo sie sicher waren, nicht erkannt zu werden. Die Engländer machten kurzen Prozeß mit dieser Sippschaft und wer sich nicht dem Härtherarm durch die Flucht entzog und auswanderte, mußte sein lichtscheines Treiben mit dem Leben büßen. Einige von dieser Sekte, welchen es damals gelang, zu entfliehen, scheinen sich nach Deutschland verirrt zu haben, um ihre Tätigkeit statt im finstern Dicke, in der Presse auszutüben und hier statt Gurgeln den Leuten die Ehre abzuschneiden. Einer von diesen Preßthugs fühlt sich verlaßt, seine Tätigkeit dem Bergarbeiterverband gegenüber zu entfalten. Deshalb ist es nötig, dem neuen Thugcharakter so auf die Finger zu klopfen, daß ihm seine liebgewordene Preßbanditengewohnheit vergeht. Verschiedene von diesem aus dem Hinterhalt kämpfenden Gefellen bediente Zeitungen bringen folgende Schauermär über die Abrechnung des Bergarbeiterverbandes:

Sozialdemokratische Wirtschaft.

Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hat seinen Vertrauensleuten den Jahresbericht für 1906 überhandt: Es ist ein bemerkenswertes Altenstück, das in erster Linie zeigt, wie das Geld der Arbeiter verpulvert wird, wie die Agitatoren leben und genießen. Die Einnahme und Ausgabe balanciert mit 2033 343 Mark.

Die Ausgabe zeigt klar und klar, daß für die Wohlfahrt der Arbeiter nichts oder so gut wie nichts verwandt wird. Für Streifunterstützungen wurden ausgegeben 651 503 Mk. für Streifunterstützung an andere Verbände 14 000 Mk. Den andern Hauptteil schlucken die Agitatoren. Es wurden ausgegeben für Druckschriften 208 724 Mk. für Verwaltungskosten 28 968 Mk. für allgemeine Agitation 29 111 Mk. für Bezirksteiler und Agitation in den Bezirken 53 072 Mk. für Generalversammlungen und Konferenzen 23 823 Mk. für Gewerkschaftsunterstützungen 27 062 Mk. für Rechtsfach (eigene Sekretariate) 28 305 Mk. für fremde Sekretariate 26 954 Mk. Weiter finden wir Kosten: 16 000 Mk. für die Generalkommission; 18 577 Mk. für allgemeine Geschäftskosten; 133 902 Mk. für Druck- und Buchbindarbeiten. Was bleibt denn nun noch für das Wohl und Wehe der Arbeiter übrig? Für Arbeitslosenunterstützung wurden ganze 6705 Mk. ausgegeben. Wenn je ein Geschäftsbereich eines Gewerkschaftsverbandes den Beweis erbringen kann, daß nur die Agitatoren gut bezahlt werden, so hat es dieser gebracht. Im ganzen sind von den zwei Millionen Einnahmen noch nicht 400 000 Mk. den Arbeitern zugeschlagen. Außer der Arbeitslosenunterstützung von 6705 Mk. erhalten die Arbeiter 68 240 Mk. als Sterbegeld und 282 765 Mk. als Krankenunterstützung.

Das gesamte Vermögen des Verbandes beträgt 1 252 645 Mk. Es hat sich gegen das Jahr 1905 nur um 26 200 Mk. vergrößert, obwohl die Beiträge der Mitglieder im Jahre 1906 allein 1 587 836 Mk. betrugen. Bei diesen schwachen Vermögensverhältnissen sollen die Leiter des Verbandes von einer allgemeinen Lohnbewegung in diesem Jahre abzusehen beabsichtigen. Mit der Agitation und den Vertrauensleuten soll auch manches nicht klappen. So macht der Vorstand bekannt, der bisherige Vertrauensmann Ehring sei seines Postens enthoben und nicht mehr berechtigt, Verbandsbeiträge in Empfang zu nehmen.

Dieses Preßgelichter möchte gar zu gerne den Bergarbeiterverband so von hinten herum abwringen und versucht man deshalb Mitgliedern in die Hände der Arbeiter zu führen, da man nur zu gut weiß, daß sich überall Leidigtäubige und Nachbeter finden, die aus Feindseligkeit oder Dummkopfheit jähre Lügen des Preßthugs weiter verbreiten. Deshalb ist es nötig, den Trick den der Thug zum Erdrosseln braucht etwas näher auf seine Haltbarkeit zu prüfen. Nach der Siedelnott des Preßthugs sollen von zwei Millionen Mark Einnahmen des Bergarbeiterverbandes den Arbeitern also den Verbandsmitgliedern nur 400 000 Mk. zugeschlagen sein. Wenn dieses Maß wäre, dann ständen wirklich die Leiter des Bergarbeiterverbandes

auf dem Niveau dieses Preßthugs, doch die Wirklichkeit sieht etwas anders aus, als sie dieser bezahlte Preßtroth hinzustellen besteht. Sehen wir uns die Verichtigung an, die der Vorstand des Bergarbeiterverbandes denjenigen Zeitungen zuwandte, welche die verächtigende Siedelnott brachten. Dieselbe lautet nach der siblichen Einleitung:

1. Es ist unmöhr, daß der Vorstand unseres Verbandes den Jahresbericht für 1906 an seine Vertrauensleute versandt hat. Wahr dagegen ist, daß der Kassierer unseres Verbandes den Kassenbericht lediglich in der Nr. 7 der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht hat, wodurch derselbe allen Mitgliedern zugänglich gemacht ist;
2. es ist unwahr, daß dieser Bericht zählt, wie das Geld der Arbeiter verpulvert wird, wie die Agitatoren leben und genießen und daß von den Einnahmen nur die Agitatoren gut bezahlt werden;
3. es ist unwahr, daß die Ausgabe klar und klar zeigt, daß für die Wohlfahrt der Arbeiter nichts oder gar nichts verwandt wird und daß den Hauptteil der Einnahmen die Agitatoren schlucken;
4. es ist unwahr, daß von den zweit Millionen Mark Einnahmen nur 400 000 Mark den Arbeitern zugeschlossen sind;
5. es ist unwahr, daß die Leitung unseres Verbandes die Absicht haben soll, in diesem Jahre von einer allgemeinen Lohnbewegung abzusehen;
6. es ist unwahr, daß es mit der Agitation und den Vertrauensleuten nicht „klappt“.

Wahr dagegen ist:

1. Dass der Kassenbericht den Beweis erbringt, daß mit den Arbeiterschichten sparsam gewirtschaftet wurde und daß der größte Teil der Einnahmen den Mitgliedern des Verbandes wieder zufließt;
2. dass die „genießenden Agitatoren“ nur nach den Sägen der von der General-Versammlung in Berlin 1905 beschlossenen Gehaltsstufen bezahlt werden, welche allen Mitgliedern und auch der Deffentlichkeit durch die Presse und das General-Versammlungs-Protokoll bekannt geworden ist;
3. dass für die Hauptverwaltung (einschließlich Bürobureau) und die Bezirksleitungen nebst Agitation in den Bezirken nur 82 041,81 Mark ausgegeben wurden;
4. dass von den zirka 2 Millionen Mark Einnahmen an Sterbegeld, Gewerkschaftsgegenleistung, Streik, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung den Mitgliedern die Summe von 1 081 278 Mark ausgeschüttet worden ist;
5. dass außer der unter 4 genannten Summe für direkte finanzielle Unterstützungen, noch folgende Ausgaben als für die Mitglieder geschahen zu betrachten sind: Für Rechtschutz in eigenen und fremden Sekretariaten und Kartellen, Prozeßkosten und Strafen, Druck- und Buchdruckerarbeiten (hierunter fällt die Herstellung der „Bergarbeiter-Zeitung“, welche den Mitgliedern jede Woche gratis zugeschickt wird, und die Fertigung der Mitgliedsbücher), allgemeine Geschäftsaufwendungen (Herstellung der Beitragsmarken und Portoausgaben), Beitrag an die Generalkommission für 1906, Streifunterstützung an andere Verbände und allgemeine Agitation wurden insgesamt 270 526,28 Mark ausgegeben;
6. dass auch der Betrag von 208 724,81 Mk. für Ortsvergütung nicht von den „genießenden Agitatoren“ verbraucht wurde, sondern dass diese Summe als Entschädigung für die Kosten der „Bergarbeiter-Zeitung“ und die Ortsverwaltungen in den weit über 600 Bahnhöfen des Verbandes diente;
7. dass noch keine Befreiung der allgemeinen Aufgabesumme fällig ist und dies außerdem Aufgabe der Siebenvereinigung und der Vorstände sämtlicher Bergarbeiterorganisationen ist.

Der Vorstand des Bergarbeiter Deutschlands

J. U.: H. Sachse.

Bemerkt man noch, daß die Rückreihungen aus Bauten und Sparkassen 339 526,79 Mk. betrugen. Angelegt wurden dagegen 361 645,79 Mk. Doch davon wollen ja die Preßtroth nichts wissen, es handelt sich eben darum, die öffentliche Meinung irre zu führen.

Wo bleibt denn da der Hauptteil, den die Agitatoren schlucken? Misst die Preßtroth nur einen Monat für einen Gehalt wie ihm die Agitatoren des Verbandes erhalten, er würde sich schlecht drücken, denn ein solcher Preßbandit ist es ja gewöhnt, durch Verführung von Nichtswürdigkeiten ein Kavalierleben zu führen, bis die Zeit kommt, wo seiner Schandtaten zu viele sind und man den verbrauchten „Chremann“ auf die Straße schmeißt, wo er in dem Schlamme untergeht, aus dem er importiert. Auf diese Art „Journalisten“ passt der Ausspruch des alten Fritz: „Mit solch einem Gesindel muß man sich herumziehen.“ Betreff des in der Siedelnott erwähnten Ehring, sei bemerkt, daß es gerade für den Bergarbeiterverband ein gutes Zeugnis ist, wenn er unachtsame Leute nicht auf einem vorgeschobenen Posten läßt. Bei den Freunden des Preßkulis mag dies ja anders sein und man das Vertrübungssystem wollen. Der Bergarbeiterverband braucht aber die Deffentlichkeit nicht zu scheuen und hält jeder Kritik stand, nimmt dagegen auch das Recht für sich in Anspruch, Reichstagsverbänden und Preßthugs zu sagen, was sie wert sind. Diese Gesellschaft handelt nach dem von ihr schon so oft angewandten Trick: Verleumde nur tüchtig darauf los, es bleibt immer etwas hängen“.

Soziale Gesetzgebung und Verwaltung

Aus dem Reichstag. Am 19. Februar ist der neu gewählte Reichstag zusammengetreten und schon am 20., bei der Wahl des Präsidenten, hat sich herausgestellt, welche Einheitspiegelei (milde ausgedrückt) die Gewerkschaftspresse betrieb, als sie jubelnd über eine „zerstörerische Niederlage der Sozialdemokratie“ schrie. Der Effekt dieser „Niederlage“ ist zunächst, daß die Bürokratie die Zentrumssparte verteidigt. Nach parlamentarischem Brauch hat die mitgliederreiche Fraktion den Anspruch auf den ersten Präsidenten. Das Zentrum schlug deshalb als ersten Präsidenten Herrn Abg. Spahn vor, aber die Konseriativen, Christlich-Sozial-Antisemiten, Nationalliberalen und die freisinnigen Gruppen hatten ein Bündnis geschlossen („nationaler Block“) und vereinigten ihre Stimmen auf den konservativen Abg. Grafen Stolberg. Er erhielt 214, Abg. Spahn nur 164 Stimmen. Für Spahn stimmten außer dem Zentrum nur noch die Bolen und die Sozialdemokraten. Hatten die Sozialdemokraten die alte Mandatszahl (70) wieder erhalten, dann bekam Herr Spahn die Stimmenmehrheit als erster Präsident, das Zentrum erhielt dann seinen berechtigten Anspruch auf das Präsidium erfüllt. Die erste Folge des sozialdemokratischen Gewerkschaftspreises ist also eine Ver

gesetzgebung heraustritt, sofern es überhaupt geschieht. Die Freiheit, womit der Reichstag eröffnet wurde, ist nicht gar klein. Arbeiterschutz gäbe es an, sofern beweigt sich in allgemeinen, unverbindlichen Wendungen über Fortführung der Sozialpolitik". Darauf haben die Arbeiter nun schon Jahrzehnte gehofft, aber es ist bei Worten geblieben. Der jetzige Reichstag ist einschließlich Austrittsgesetz, wie der vorher. Die vorgenannten "leben christlich-nationale Arbeitervertreter" bedeuten äußerst schwach (worauf es bei Abstimmungen kommt) keine Verstärkung des arbeiterfreundlichen Elements, denn an die Stelle durchgesetzter zuverlässiger Arbeitervertreter oder ehrlicher bürgerlicher Arbeitervertreter sind meistens Unternehmer und Blötsche getreten. Das die Weisheit dieses Reichstages sein Geschäft für Gerechtigkeit, sondern ein fanatischer Geist bestellt, hat die Präsidentenwahl schon bewiesen. Das Zentrum ist durch diese Weisheit als "reichsfestliche", "vaterländische" Partei markiert, die mit den "Roten" in einen Topf geworfen wird. Sobald alle Fraktionen ihre sozialpolitischen Programmanträge vorgelegt haben, werden wir sie näher besprechen.

Der Käthenjammer ist schon da! Gestern noch jubelten die "christlich-nationalen" Gewerkschaftsorgane über die "freie Bahn für die Sozialreform", heute ist der Mausich schon verlogen und der Käthenjammer stellt sich ein. In der "Sozialen Prognos", dem Organ der "Gesellschaft für Sozialreform", der die "christlichen Gewerkschaften" auch angefochten sind, stellte Herr Professor Francke für den neuen Reichstag folgendes sozialpolitisches Programm auf:

"Koalitionsfreiheit, Beseitigung der Fesseln des politischen Vereins- und Versammlungslebens, Anerkennung der Berufsvereine ohne Polizeiaufsicht, Errichtung von Arbeitsämtern, Rechtsordnung der Tarifverträge, Reform des Privatbeamtenrechts, Schaffung eines Tages für Frauen in Fabriken, Ausdehnung des sanitären Maximinarbeitstages, Erhöhung des Gehalters der Jugendlichen, Sonntagsruhe für Privatangestellte und Reform der Sozialversicherung." Dieses Programm ist durchaus nicht zu weitgehend und Herr Prof. Francke kann sich versichert halten, daß die sozialdemokratischen Parlamentsvertreter wie früher auch jetzt wieder energisch an jedem Reformwerk mitarbeitet werden. Wer aber Gegner selbst dieses minimalen sozialen Programms ist, das lehrt die Aussage der freikonservativ-großkapitalistischen Schriftstellerzeitung "Post", die zu den Frankfurter Wohlslägen bemerkte:

"Für die Parteien, welche nicht gesonnen sind, eine blindlings Über die Bedürfnisse des praktischen Lebens hinwegzusehen. Sozialpolitik im Automobiltempo mitzumachen, gilt es auf der Hut zu sein. Das deutsche Volk hat nicht gegen die koloniale Regierung so nachdrücklich Front gemacht, um statt dessen nur an anderer Stelle eine solche Wunderplan zu aufschlagen zu sehen."

Als die genannten beschiedenen Reformvorschläge "rosen" nach Aussicht des Unternehmervorgangs im "Automobiltempo" dahin! Die Gesellschaft bürgerlicher Reformen soll eine "Wucherpalme" sein. Da haben die Gewerkschaftsvereine ihre Quittung für den "nationalen" Wahlausfall. Deutlich ist die von der "Post" vertretene Richtung im Reichstag jetzt viel stärker. Wie früher, hat die Präsidentenwahl gelebt. Wir haben in vorher Nummer die wütenden Scharfmacherreden der jungeren kapitalistischen "Wirtschaftsreformer" besprochen. Das Organ des "christlichen Holzarbeiterverbandes", vor 14 Tagen noch über "eine neue sozialpolitische Era" jubelnd, bemerkte jetzt aufgebracht zu den Scharfmachern der Burgsdorf, Jagow, Karlsruhe und Genossen:

"Wir danken dafür. Mit Leuten, die den sozialpolitischen Unruhen herausreden, daß durch die sozialpolitische Gesetzgebung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Gegensatz zu einander gekommen seien, daß durch sie die Einheit zwischen ihnen zerissen würde, lädt sich überhaupt ernstlich nicht diskutieren. Eine derartige Behauptung ist eine Verdrehung der Tatsachen und zeugt von einer Unkenntnis der in Frage stehenden Ursachen und Wirkungen, wie sie uns lange nicht begegnet ist. Die der sozialen Gesetzgebung in die Schuhe geschobene Schuld fällt gerade auf die Herren Scharfmacher, die sich durch ihres Geldsakes für erstklassige Menschen halten, denen der Staat, das gemeinsame Volk, willig auf gehorchen hat, wenn sie diktieren und die Stadtkapitalisten mit den Arbeitnehmern nur erinnern, wenn ihnen von oben zur Bekämpfung gewisser rottlicher und eingebildeter Gesetze zu tun sind, die ihnen gegenübergestellt werden."

Wie schnell sich die Temperatur geändert hat! Vor 14 Tagen war die "Bahn frei", jetzt bedankt sich der "christliche Holzarbeiter" für seine neu gewonnenen Bindungsgegenstände. In Mitteldeutschland haben nämlich die christlichen Gewerkschaften die konservativen Junten und Arbeitende unterstellt. Die Junten und "liberalen" Unternehmervertreter bilden den Kern des "nationalen" Blocks. Was die Arbeitende durch die Schwächung der sozialdemokratischen Fraktion verloren hat, wird den Arbeitenden noch so deutlich fühlbar werden, daß ihnen die Augen über-

den psychologischen Zustand herbeiläuft, in dem er sich jetzt befindet, ganz abgesehen davon, daß er jetzt auch körperlich ein Krüppel ist. So doch der Ausblick des Verlegten einen der Herrn Weißgerber (Arbeitsgeber) zu der Neuordnung veranlaßt. "Den Menschen würde ich selbst zu seiner Arbeit annehmen können." Das Gericht hat also die Arbeitsunfähigkeit des Verlegten garnicht beweist. Dieser Fall beweist jedenfalls wiederum, daß die Klagen vieler Unfallverletzten, daß die Knappenschaftsräte nur zu leicht geneigt sind, in einem Verlegten einen Simulant zu sehen, weil es unter hundert vielleicht tatsächlich einen gibt, nicht ganz unberechtigt sind. Der Fall beweist weiter, daß es nicht abgeschlossen ist, daß der Segen der Unfallversicherung, der einen noch größeren Ungleich für den Verlegten werden kann, wenn der Arzt mit einer gewissen Vorliebennommenheit die Sache betrachtet, oder nicht jedes Symptom der Unfallfolge genügend beachtet. Durch den unzureichenden Bergarbeitersturm machen sich die Unfälle in solcher Weise, daß auch in punkto Krankenbehandlung der fabrikmäßige Massenbetrieb eingeführt worden ist, der den Arzten eine individuelle Krankenbehandlung nicht mehr ermöglicht. Erst die Macht der Arbeiterorganisation wird die modernen Grundsätze der Gesundheitsbehandlung zur Durchführung bringen müssen. Wie werden über den Ausgang der Sache noch berichten.

Aus unserem Rechtschutzbureau.

Ausruft!

Aufforderung Knappenschaftsmitglieder! In letzter Zeit nehmen sich erfreulich die Klagen der Bergarbeiter darüber, daß der Vorstand des Allgemeinen Knappenschaftsvereins von vielen versicherungspflichtigen Bergleuten in einer unserer Städte ungerechtfertigt und inhumanen Weise die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht fordert. Dadurch erleiden viele Kameraden einen nie wieder gut zu machenden Schaden. Für manche bedeutet die Befreiung geradezu die Vernichtung ihrer Existenz, weil manche Gemeinden nicht der Befreiung zustimmen und die davon Betroffenen die Gedankenlosigkeit gezwungen machen müssen. Um den Machenschaften des Allgemeinen Knappenschaftsvereins entgegenzuwirken zu können, ist es unabdingt erforderlich, daß alle Fälle unbedingter Befreiung von der Krankenversicherungspflicht unverzüglich dem zuständigen Verbandsrätem und den Arbeitersektariaten oder dem Verbandsvorstand gemeldet werden. Bergarbeiter, verteidigt euer Recht!

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der preußische Fiskus als Bergwerks-

und Hüttenbesitzer.

Nach dem neuesten, dem Landtag vorgelegten Geschäftsbericht wurden 1905 vom preußischen Fiskus betrieben 88 Bergwerke (darunter 21 Steinkohlen-, 6 Braunkohlen-, 7 Erz- und 4 Salzbergwerke), 12 Hütten, 6 Salinen, 4 Badearbeiten, 8 Steinbrüche und 1 Bohr-Unternehmen. Beschäftigt wurden 84 244 Arbeiter. Geschildert wurden in der Hauptheile 17 873 588 Tonnen Steinkohlen im Werte von über 185 Millionen Mark, 418 407 Tonnen Braunkohlen im Werte von über 1 1/4 Millionen Mark, 92 258 Tonnen Eisenereze im Werte von über 1 Million Mk., 104 927 To. andere Erze im Werte von fast 11 1/2 Millionen Mark, 472 887 Tonnen Stein- und Metallalte im Werte von 5,9 Mill. Mark, außerdem für über 20 Millionen Mark Hüttenprodukte. Der Gesamtumsatz der von den staatlichen Auflagen gelieferten Produkte ist mit 280 522 100 Mark angegeben.

Über die Entwicklung der Bergbau und der Uberschüsse in den letzten zehn Jahren orientiert folgende Tabelle:

Uberschüsse	Bergbau
1896 23 084 588 Mark	62 100 Mann
1897 26 672 580 "	64 217 "
1898 30 058 400 "	66 700 "
1899 87 261 782 "	69 808 "
1900 47 056 850 "	72 727 "
1901 41 278 188 "	74 875 "
1902 83 970 279 "	77 004 "
1903 24 272 541 "	80 007 "
1904 27 650 200 "	82 548 "
1905 80 651 583 "	84 244 "

Zu den drei letzten Jahren sind die Uberschüsse stark verminder worden durch umfangreiche Neuanlagen und Neuerwerbungen. Bählt man die hierfür verausgabten Riesensummen, wie es richtig ist, den Uberschüssen zu, dann erhöhen sie sich um viele Millionen.

Zum Beispiel haben die schlesischen Werke über 12 Mill. Mark Uberschüsse geliebert, 3 815 482 Mark mehr, wie veranschlagt waren. Die mitteldeutschen Werke, vornehmlich Stahlalzgruben, lieferen 231 170 Mark mehr Uberschuh, wie der Voranschlag berechnete. Die Werke am Harz, am Teutoburg. brachten über 1 Million Mark mehr Uberschuh wie veranschlagt. Dagegen erforderten die neuen Werke im Ruhrgebiet (Gladbeck, Bergmannsgrub, Waltrop) aber mal über 3 Millionen Mark Zubau, weil sie noch wesentlich im Ausbau begriffen sind. Die Saarkohlengruben liefern fast 17 Mill. Mark Uberschuh, d. h. 449 081 Mark mehr wie der Voranschlag berechnete. Auf die Arbeitnehmerwerke werden wie in anderem Zusammenhang speziell zu sprechen kommen.

Der Etat für 1907 ist wieder übervorsichtig aufgestellt. Im Vergleich zu dem Geschäftsjahr 1906 (dessen tatsächliche Ergebnisse erst Anfangs 1908 dem Landtag bekannt gemacht werden) ergeben sich für 1907 diese Voranschläge:

1906	1907
Gesamteinnahme 223 879 800 Mark	244 790 180 Mark
Gesamtausgabe 205 817 000 "	225 881 780 "
Uberschuh 20 562 300 "	18 058 400 "

Sieht man von den Uberschüssen noch die vorgesehenen "einnahmen" und "außerordentlichen" Ausgaben ab, dann bleiben für 1907 nur noch 16 320 900 Mark Uberschuh, das sind sogar noch 1 508 900 Mark weniger, wie für 1906 veranschlagt worden ist. Zweifellos wird aber ein bedeutend höherer Uberschuh herausgewirtschaftet werden. Es sind für 1907 circa 20 Millionen Mark Mehrausgaben (gegen 1906) vorgesehen, wovon allein circa 8 Millionen für Erweiterungen und Neuanlagen reserviert sind. Betrachtet man sich die Ergebnisse des Geschäftsjahrs 1905, das trotz enormer Mehrausgaben für Neuanlagen etc. doch der Staatsklasse einen reinen Uberschuh von fast 22 Millionen Mk. einbrachte, so darf man die Schätzung von nur gut 16 Millionen Mark pro 1907 als weitaus zu tief gegriffen bezeichnen. Kommt noch hinzu die außergewöhnlich gute, sogar beispiellos günstige Geschäftslage. Wir sind der Ansicht, der Fiskus könnte unbedenklich eine Anzahl Millionen Mk. mehr ausgeben für Arbeitersöhne und würde doch ein gutes Geschäft machen.

Über die neuere Entwicklung der Bergwerks- und Hütten-industrie schreibt der als vorzügliche volkswirtschaftliche Kritiker anerkannte frühere sozialdemokratische Abgeordnete Max Schippel: Die Abbrotelung und Ausbildung in den alten Syndikaten vollzieht sich unausgesetzt weiter; der produktiv vielseitigere Riesentrust gewinnt in den Montanwerken zusehends an Ausbreitung und Einfluss. Das letzte Beispiel hierfür, die Verschmelzung der Aktiengesellschaft "Rhönix" zu Duisburg-Huert mit dem Essener Steinkohlenbergwerk "Nordstern", ist zugleich einer der schlagendsten Fälle für die ganze Entwicklung. Zuerst, im September vorigen Jahres, suchte der "Rhönix" die Fesseln des Stahlwerksverbundes, in dem er von Anbeginn nur widerwillig sich einsetzen ließ, betraf der Menge des zugebilligten "Zukunfts"-Rohstoffes zu lockern. Die Versorgung mit Rohstahl und Gußzeug durch den Verband genügte dem Duisburg-Huertwerk durchaus nicht; vor allem die Betriebe in Hamm verhinderten es nicht darum auszusteigen, wie es die stetig steigende Konkurrenz hochstet immer mehr wünschen ließ. So schritt man dann im September zur Erwerbung des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins. Die Unabhängigkeit von den Ein-

schätzungen des Stahlwerksverbundes war damit, was die Gußzeugversorgung anbelangt, erreicht; sowohl in Produkten der Klasse A wie der Klasse B war die neue Vereinigung über alle Beteiligungsunternehmen im Verband hinausgewachsen, sogar über Krupp und Thyssen. Schade jedoch war ein ähnlicher Gegenlauf des Riesentrusters unternehmens zum Kohlensyndikat lebendig. Obwohl man 1905/06 über nicht weniger als 1176118 Tonnen eigener Kohlenförderung zu verfügen in der Lage war, kam man damit bei weitem nicht aus und das Kohlenproblem als solches blieb ungünstig bei seiner Schwierigkeit bestehen und seiner Gebundenheit an die verwickelte Syndikatsordnung. Auf der anderen Seite erfuhr der Nordstern, dessen Angliederung an die Rhönixbetriebe sehr angestündigt wird, bitter seine unfehlbare Einschränkung infolge des "Konkurrenzschlagers" im Kohlensyndikat; als Hüttenzweig dagegen, das heißt in Verbindung mit einem Hüttenunternehmen, war eine gesiegerte Nutzung der Wasserkraft-Lösungsmöglichkeit möglich – die Beteiligung beim Kohlensyndikat ist auf knapp 2% Millionen Tonnen angezeigt; etwa 1 Millionen Tonnen mehr kann der Nordstern bereits mit seinen festen Umlagen zu Tage schaffen. So erscheint die neue Eisenkombination zwischen Rhönix, Hörde, und Nordstern, die Vereinigung der Gewinnung der Brennstoffe, der Rohstoff und des Gußzeuges mit der Hütterverarbeitung, fast wie eine selbstverständliche, unausweichliche Folgerung aus den gegebenen Verhältnissen; der große kombinierte Trust schafft aus den Einzelsyndikaten verschiedene Betriebe für sich heraus und baut sie zu neuen produktiven Verbindungen zusammen, die innerlich der alten, auf andere Verhältnisse zugeschnittenen Syndikatsordnung sich entfremden, äußerlich jedoch den Zusammenhang damit noch nicht lösen. Alles in allem würde der Kapitalwert des neuen Unternehmens etwa 240 Millionen Mark betragen; 200 Millionen Mark Aktienkapital, die Aktien nur zu 20 Prozent in Rechnung gestellt (heutiger Kurs 210) – das übrige Obligationen der drei Teile erneuern. Nun liegen jedoch ähnliche weitere Projekte schon in der Lust. Die bisher nur als lose Interessengemeinschaft bestehende Verbindung zwischen der Gesetzgebenden Bergwerksgesellschaft, dem Schalker Grubenverein und dem Hütten-Syndikat reicht "Rote Erde" soll ebenfalls den Charakter einer Firma annehmen – sie würde etwa 300 Millionen Mark Kapital (Kurswert) repräsentieren. Endlich scheint die Hörder Hüttenwerke zu erdringen zu sein; als Hörderhütte lämen hier zunächst die Stombarer Hüttenwerke sich anstrengen. Auch dieser Trust würde einige hundert Millionen Mark Kapital darstellen. Und mancher sieht schon die Brücken von Trust zu Trust geschlagen! Was wird dann aus den alten, auf einfacheren Unternehmungen ruhenden Syndikaten werden?

Aus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Einfachiger Industrieherr über die Gewerkschaftsbewegung.

Je weniger sozialpolitisch verständige Stimmen aus dem Unternehmerviertel erzielen, um so nötiger ist es, die verständig Unterstellten den Scharfmachern entgegenzuhalten. Im Sozialwissenschaftlichen Verein in Kürtenberg hielt Herr Dr. Schwanhäuser, Vertreter der großen Blei- und Eisenindustrie, einen Vortrag über gewerbliches Einigungswesen. Daß sich in Deutschland die Kohlenschläge und insbesondere die Aussperren immer mehr verschärfen und an Ausfang immer mehr zunehmen, führt dieser Unternehmer u. a. darauf zurück, daß in Deutschland in den Abteilen der Großindustriellen immer noch zu stark der feudale Geist steckt und in den Fabriken das militärische System vorherrschen sei; ferner, daß die deutschen Unternehmer zum größten Teil auf demselben Unterzurückung nach ganz falschen Standpunkt stehen, Arbeitersorganisationen unter keinen Umständen anzuerkennen. Der "soziale Friede" auf dem Boden der kapitalistischen Gewerkschaftsordnung sei nur möglich bei vollständiger Anerkennung der Arbeiterorganisationen; das Gepräge sei falsch und manchmal (für den Profit) so gefährlich. Ebenso verkehrt und unbekleidet sei, wenn sich die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen auf den Standpunkt stellen, der "eigene Herr im Hause" bleibet zu wollen, denn in vielen großen Werken könnte bei dem heutigen Einigungsbereich der Großindustrie, bei dem die Arbeitnehmer ein derartige Macht und sogar die Gewerkschaften entgegenhalten, die Produktion diktatorischen Kartelle und Syndikate vom "Herrn im eigenen Hause" obneid nicht mehr die Rolle spielen. Und überdies beschränkt sich das Streben der Arbeiterorganisationen nur auf das Mitbestimmungsrecht in bezug auf Arbeitszeit, Lohn und Preis, Fragen, an denen die Arbeiter als Verkäufer ihrer Arbeitskraft unmittelbar interessiert seien, während in technischen Dingen der Unternehmer nach wie vor der "Herr im Hause" bleibt. Neben der Erziehung der deutschen Unternehmer zu vernünftigem sozialen Denken müsse Hand in Hand gehen die Erziehung der Unterwerke, die auf die Erfüllung der sozialen Verhältnisse in den Betrieben nicht nicht in die Gewerkschaften, aber der Vortragende ist der Überzeugung, daß es für den Unternehmer kein Grund zur Nichterkenntnis der Organisation sein könnte und dürfte, wenn deren Mitglieder zum großen Teil der Sozialdemokratie angehören, ebensoviel wie sich die Arbeiter um die politische Überzeugung des Unternehmers kümmern. – Die Schilder an den beiden Teilen zu, aber er müsse sagen, die Schilder liege mehr auf Seiten der Unternehmer. Ferner müsse er zu seinem Bedenken konstatieren, daß die Arbeitnehmer bei Unterhandlungen oft mehr Takt gezeigt haben, als in manchen Unternehmen. – Neben die Streikbrecher sagte der Großindustrielle, diese seien Leute mit mangelndem Verständnis. Allerdings seien sie ihm als Unternehmer bei einem Arbeitskampf in seiner Fabrik nützlicher als die Organisierten, aber nur bei einem Streik. Er nehme es niemanden übel, wenn er auf die Streikbrecher mit einer gewissen Verachtung herabblickte. Zum Schluss gab der Nürtinger Blei- und Eisenfabrikant dem Publikum Ausdruck, daß die deutschen Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen immer mehr zur Vernunft kommen würden.

Der Vorstand des Bäckerverbandes veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht für 1906. Der Verband schloß das alte Jahr mit einem Mitgliederbestande von 18 425 männlichen und 184 weiblichen Mitgliedern ab gegen 11 374 Mitglieder am Schluß des Vorjahrs. Auf den übrigen Teil des Berichts werden wir demnächst in anderem Zusammenhange eingehen.

Der Verband der Gastwirtschaften schloß das Jahr mit 8309 Mitgliedern ab, gegen 3008 am Schluß des Vorjahrs. Die Einnahme betrug 118 841 Mark, die Ausgabe 101 147 Mark, der Vermögensbestand erhöhte sich auf 53 330 Mark.

Einige "christlich-nationale" Gewerkschaftsorgane zitieren Auslassungen sozialistischer Tageszeitungen, die darauf hinzuzeigen, die parlamentarische Arbeit wie die praktische Gegenwart der Gewerkschaften als "nebenfachlich" erscheinen zu lassen. Selbstverständlich decken sich diese Auslassungen weder mit den Ausschreibungen der Gewerkschaftsnoch der Parteileitung, sind also lediglich unverbindliche Privatmeinungen. Das wissen die M.-Gladbachser natürlich sehr gut, sie tun aber gerade, als ob sie es nicht wüssten. Es ist das alte Gaufelspiel. Den M.-Gladbachern wäre nichts lieber, als wenn die freien Gewerkschaften eine "Alles-oder-nichts-Politik" trieben. Dann lämen die Herrschaften her und produzierten sich als den "wahren Jakob". Den Gefallen tun wir den M.-Gladbachern nicht, sondern wie früher wird auch in Zukunft bewiesen werden, daß die M.-Gladbacher Gewerkschaften nur das nachmachen, was die freien Gewerkschaften längst in bewährter Weise durchgeführt haben.

Internationale Rundschau.

Über die ö

Das Vermögen betrug am 31. Dezember 800.000 Kronen, worunter das Wiener Haus des Verbandes mit 100.000 Kronen figuriert. Die im Jahre 1903 entstandenen Lohnbewegungen umfassen gegen 80.000 Personen, die Ausgaben für Sozialleben betragen rund 100.000 Kronen. Von Jahre 1907 erwartete der Verband einen weiteren Aufschwung, den insbesondere die sozialen beschlossenen Herausgabe eines politischen Hochblattes, die Verhandlung mit einigen noch bestehenden kleinen Branchenvereinen, besonders aber die Errichtung von Sekretariaten für Niederösterreich, Nordböhmen und Wallach bedeuten sollen. — Dem Metallarbeiterverband folgt zunächst die Eisenbahner-Bewerkschaft, oder wie sie seit der Auflösung durch den Eisenbahnmüller der Rüstungs-Waffenfabrik Schlesien-Guttenberg heißt. Der Allgemeine Rechtschutz und Gewerkschaftsbund mit 80.000 Mitgliedern gegen 82.721 zu Ende 1903 und 25.800 zu Ende 1904. Der Verband beschäftigt im Prager Bureau 7, im Linzer 2, im Teschler 1, im Wiener Zentralsekretariat 5, in der Sebastian, Administration und Generalverwaltung 18 Beamte. Besonders durch die passive Resistenz zu Ende 1903 hat der Verband gewonnen. Auf den Staatsbahnen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Werkstätten von 10 auf 9½ Stunden erreicht. — Der Holzarbeiterverband hatte Ende 1903 280 (220) Ortsgruppen mit 80.000 (21.000) Mitgliedern. Die mit frühen Erfolgen der Arbeiter bedeckten Tischler-Aussperrungen in Salzburg und Innsbruck waren den Mietern auch anderorts ein Werk, und vielfach wurden Verkürzungen der Arbeitszeit erkämpft. Ein zur Erreichung des Gehirn (1) stundenlangen unternommene Streik in Königswart a. d. Elbe dauerte nun schon ein Jahr, ohne aussichtslos genommen zu sein. Über die Staatsangehörigkeit der Mitglieder geben die Auslagen der Hochblätter Ausschau. „Holzarbeiter“ 20.700, „Dreideln“ (gleichzeitig) 11.000. — Die Union der Tischlarbeiter nahm bei 42.000 (81.457) Mitgliedern in 810 (178) Ortsgruppen 450.000 Kronen ein und gab 200.000 Kronen aus, für Streiks und Lohnbewegungen 281.000 Kr.; eben jetzt scheint sich die längst fällige große Lohnbewegung der Reichenberger Tischlerei und damit der nordböhmischen Tischlerei überhaupt vorzubereiten. Der Tischlarbeiter erscheint in 27.000, der tschechische Tischlerei in 10.000 Gruppen. — Der Verband der Handels- und Transportarbeiter, eine der stärksten, aber auch rücksichtigen Gewerkschaften, gründete im Jahre 1903 40 Ortsgruppen und acht Abteilungen, und seine Mitgliederzahl stieg auf 7000 faste Mitglieder, wobei der starke Wechsel mit in Rechnung gezogen ist. — Ein Kamphand mit schweren Opfern, aber auch mit schönen und nachhaltigen Erfolgen hat der Bauarbeiterverband hinter sich. Man erinnert sich wohl noch der eingeschlossenen Bauarbeiterausperrung in Wien, die 42 Tage dauerte, 10.872 Verbandsmitglieder betraf und dem Verband 868.400,61 Kronen kostete — also den Vorwandsatz der Gesamtkosten von 142.000,82 Kronen beanspruchte, von der nicht weniger als 404.840,84 Kronen auf Aussperrungen, 35.797 Kronen auf Angriffsstreiks und 255.000 Kronen auf Abwehrstreiks entfielen. — Auch der Verband des Bauarbeiterberufs profitierte von den Erfolgen der Bauarbeiter-Schaft; seine Mitgliederzahl stieg von 8000 auf 10.000.

Aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung. Schiere Verfolgungen haben die organisierten Kameraden von den in Amerika abgewandten Erntemärscharen zu erdulden. Die obersten Beamten des Verbandes der Bergleute der Weststaaten von Nord-Amerika Meyer, Hubbard und Pettibone, liegen noch immer im Gefängnis im Staat Idaho und erwarten im Monat März endlich ihre Freilassung, die schon wiederholt verschoben worden ist. Vor einem Jahre wurden sie in Colorado unter der Beschuldigung verhaftet, daß sie an der Errichtung des Gouverneurs Steenberg, der ein williges Werkzeug der Grubenbesitzer von Idaho war, beteiligt gewesen seien. Man brachte sie unter Mischnutzung der Gesetze aus ihrem Heimatstaat Colorado heimlich in einer Nacht über die Grenze und setzte sie in Idaho gefangen. Die Gefangenen wandten sich an die Gerichte, aber ohne Erfolg, sie blieben gefangen. Auch das Bundes-Obergericht entschied, daß sie ihren Prozeß abwarten müssen. Die Unschuld der Angeklagten ist zweifellos, aber sie sollen der Nach der Grubenbesitzer, die die starke Gewerkschaft der Bergleute bitten lassen, gesperrt werden. Unsere Kameraden haben sich der Angelegenheit mit dem größten Eifer angenommen und die Gewerkschaften des Landes aufgerufen, dieser Bewegung ist es zu danken, daß die Gefangenen in Idaho nicht längst an den Galgen gebracht worden sind. Die Arbeiterschaft hat in dem ganzen Jahre die Angelegenheit nie aus den Augen verloren. Sie hat die Protestveranstaltungen durchgeführt und die Gelder zur Verteilung gesammelt, sie macht jetzt auf die gegenwärtig drohende Gefahr aufmerksam, daß nämlich ein gerechter Prozeß nicht zu erwarten ist, wenn nicht die ganze Arbeiterschaft des Landes ihre Ausführlichkeit darauf richtet. Der Einsatz der Grubenbesitzer in Idaho ist so stark, daß ein Gericht kaum eine Entscheidung gegen ihren Willen abzugeben wage. Man hat Zeugen gekauft und arbeitet mit skrupellosen Mitteln, um eine Verurteilung herbeizuführen. Die Arbeiterschaft muß auf der Hut stehen, wenn einige ihrer besten Gewerkschaftsleiter vor der Nachricht der Kapitalisten gerettet werden sollen.

Knappschäftsliches.

Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschäftsvereins zu Bochum am 13. Februar. In dieser Sitzung war an Stelle des Vorstandsmitgliedes Christian in Dorstfeld, dessen Gesagmann Dunker, Gastrop, anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem Altesten Huje vom königl. Kommissar das allgemeine Ehrenzeichen überreicht. Der Vorsitzende machte sodann bekannt, daß es wegen der Zeit nicht möglich sei, die Vorberatung der Satzungänderungen vorzunehmen. Die Verwaltung soll deshalb beauftragt werden unter Berücksichtigung der finanziellen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten ermäßigte Forderungen von Organisationen oder Wünschen von Mitgliedern, Rechnung zu tragen. Dem Vorstände soll dies dann vorgelegt werden, zur Beratung und eventuell in Festsetzung der Satzungen entsprechend der Knappschäftsnotelle. Der königl. Kommissar bemerkte, daß das königl. Oberbergamt bis 1. Dezember im Besitz der Vorlage des Statuts sein müßt, um dieselbe zu prüfen, besonders in Bezug auf die finanzielle Tragweite. Die Leitungszulage der Beamten betreffend, sagten drei Anträge vor. Die selben lauteten: Die Leitungszulage soll ausgezahlt werden

- In Höhe eines vollen Monatsgehalts an sämtliche Beamte vom Übereinstimmung vorsteher an abwärts. Ausgabe 53.000 Mk.
- In Höhe eines vollen Monatsgehalts an die Familiennährer und in Höhe eines halbmonatlichen Gehalts an die anderen Beamten. Ausgabe 39.000 Mk.

a) In Höhe eines vollen Monatsgehalts an jeden Angestellten. Ausgabe 43.000 Mk.

Der Rechnungsausschuss hatte beschlossen, sämtlichen Knappschäftsbeamten vom Abteilungsvorsteher abwärts, das unter Absatz b angeführte zu gewähren. Es ist in dem Verband befürwortet den Absatz c, wonach vom Abteilungsvorsteher abwärts jeder Beamte ohne Unterschied 100 Mk. bekomme. Doch die Verfassung und der Alteste Kas. sowie Direktor Höhne traten dem gegenüber mit der Ansicht, daß die Beamten mit höheren Einkommen auch eine bessere Lebensweise gewöhnt seien, deshalb auch einer höheren Zulage bedürfen. Die Vergeleiter waren auch im Interesse der Familienvorstellungen. Werksvertreter und Christliche stimnten darauf für Absatz b gegen die Stimmen der Verbandsältesten. Sodann stand die Angelegenheit des Altesten Kas. zur Verhandlung, der als Lungentanker in Bergbauwesen mit noch einigen Kranken vorzeitig entlassen wurde. (Es wäre gut, wenn dieser Alteste den ganzen Sachverhalt unserer Zeitung mitteilen möchte.) Auf Antrag des Direktors Höhne wurde dem M. ein Beileid erteilt für den Antrag, stimmen die Werksvertreter sowie die Altesten Kas. Kas. Kas. und Schäfer. Der Alteste M. hatte sich in Gemeinschaft mit seiner Kranken über verschiedene in der Lungengehältnisse beschwerte und wurden bald darauf vom Herrn Dr. Reinhardt untersucht, vorerst als Krank ist, strafend. Erworden wurde M. vom Gesundheitsausschuß in einer Ordnungstrafe von 20 Mk. genommen, wortlos und ohne Bestrafung beim Oberbergamt beschwerte. Der Gesundheitsausschuß zu Bochum auch den Vorstand vor, zu prüfen, ob nicht weitere Disziplinarmaßnahmen gegen M. zu ergreifen seien, deshalb wußte sich auch der Vorstand mit dieser Sache beschäftigen. Die Christlichen Altesten des Ehemaligen Geschäftsausschusses schrieben M. ja zwar als best geschlossen zu haben, glaubten sie vielleicht, daß dieser Alteste seines Amtes entzweit würde, zur Freude der Christlichen? Auch bewußten sich die beiden Christlichen Kas. und Verfassung ein richtiges Sündenregister gegen M. zusammenzustellen. Aufzählen ist nun, daß sich mit dem Beileid gegen die Lungengehältnisse führte, sondern auch mit einer Reaktion durch Herrn Medizinalrat Späckle, am 31. Dezember 1903 vor einer ganzen Anzahl von Frauen beschwerte gehabt wurde. Die Beileidsvorstellung ist aber schnell fertig mit dem Altesten und seinen zwei, etwas versteckten, der Beileidsvorsteher, Heger und Hausecker. Wir glauben nicht, daß dies besonders klug gehandelt ist, einzig Bedenken von Beileid, da sie doch jeder überzeugt von der Richtigkeit vorbringen, die sie auch bestreit zu tun. Doch sollen diese Beileide abgeschafft werden, wenn sie nicht vorgenommen werden sollen. Der Aufwand für die Beileide ist doch ganz gering und

macht es wirklich nicht den besten Glücksruck, wenn Kranken entlassen werden, ohne daß die Geisterliche beendet sind. Auch besitzen doch die Kranken, besonders Altenrente, ein sehr reizbares Temperament, auf sol's dies sollte man in einer Hallenkantze doch mehr Mülltze nehmen. Wir werden über diese Sache nach eingehenden Erkundigungen noch etwas näher berichten. Von Interesse sind noch folgende angenannten Beschlüsse des Sachverständisschusses: Mitgliedern, welchen im Laufe eines Monats, wo sie Invalidenkasse bezogen, der Invaliditätsbescheid zugehört, brauchen sich nicht von der Krankenversicherung betreuen zu lassen, wenn sie in einer halben oder einer Woche die Arbeit aufzuhören. — Der Bergarbeiterverband folgt zunächst die Eisenbahner-Bewerkschaft, oder wie sie seit der Auflösung durch den Eisenbahnmüller der Rüstungs-Waffenfabrik Schlesien-Guttenberg heißt. Der Allgemeine Rechtschutz und Gewerkschaftsbund mit 80.000 Mitgliedern gegen 82.721 zu Ende 1903 und 25.800 zu Ende 1904. Der Verband beschäftigt im Prager Bureau 7, im Linzer 2, im Teschler 1, im Wiener Zentralsekretariat 5, in der Sebastian, Administration und Generalverwaltung 18 Beamte. Besonders durch die passive Resistenz zu Ende 1903 hat der Verband gewonnen. Auf den Staatsbahnen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Werkstätten von 10 auf 9½ Stunden erreicht. — Der Holzarbeiterverband hatte Ende 1903 280 (220) Ortsgruppen mit 80.000 (21.000) Mitgliedern. Die mit frühen Erfolgen der Arbeiter bedeckten Tischler-Aussperrungen in Salzburg und Innsbruck waren den Mietern auch anderorts ein Werk, und vielfach wurden Verkürzungen der Arbeitszeit erkämpft. Ein zur Erreichung des Gehirn (1) stundenlangen unternommene Streik in Königswart a. d. Elbe dauerte nun schon ein Jahr, ohne aussichtslos genommen zu sein. Über die Staatsangehörigkeit der Mitglieder geben die Auslagen der Hochblätter Ausschau. „Holzarbeiter“ 20.700, „Dreideln“ (gleichzeitig) 11.000. — Die Union der Tischlarbeiter nahm bei 42.000 (81.457) Mitgliedern in 810 (178) Ortsgruppen 450.000 Kronen ein und gab 200.000 Kronen aus, für Streiks und Lohnbewegungen 281.000 Kr.; eben jetzt scheint sich die längst fällige große Lohnbewegung der Reichenberger Tischlerei und damit der nordböhmischen Tischlerei überhaupt vorzubereiten. Der Tischlarbeiter erscheint in 27.000, der tschechischen Tischlerei in 10.000 Gruppen. — Der Verband der Handels- und Transportarbeiter, eine der stärksten, aber auch rücksichtigen Gewerkschaften, gründete im Jahre 1903 40 Ortsgruppen und acht Abteilungen, und seine Mitgliederzahl stieg auf 7000 faste Mitglieder, wobei der starke Wechsel mit in Rechnung gezogen ist. — Ein Kamphand mit schweren Opfern, aber auch mit schönen und nachhaltigen Erfolgen hat der Bauarbeiterverband hinter sich. Man erinnert sich wohl noch der eingeschlossenen Bauarbeiterausperrung in Wien, die 42 Tage dauerte, 10.872 Verbandsmitglieder betraf und dem Verband 868.400,61 Kronen kostete — also den Vorwandsatz der Gesamtkosten von 142.000,82 Kronen beanspruchte, von der nicht weniger als 404.840,84 Kronen auf Aussperrungen, 35.797 Kronen auf Angriffsstreiks und 255.000 Kronen auf Abwehrstreiks entfielen. — Auch der Verband des Bauarbeiterberufs profitierte von den Erfolgen der Bauarbeiter-Schaft; seine Mitgliederzahl stieg von 8000 auf 10.000.

Aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung. Schiere Verfolgungen haben die organisierten Kameraden von den in Amerika abgewandten Erntemärscharen zu erdulden. Die obersten Beamten des Verbandes der Bergleute der Weststaaten von Nord-Amerika Meyer, Hubbard und Pettibone, liegen noch immer im Gefängnis im Staat Idaho und erwarten im Monat März endlich ihre Freilassung, die schon wiederholt verschoben worden ist. Vor einem Jahre wurden sie in Colorado unter der Beschuldigung verhaftet, daß sie an der Errichtung des Gouverneurs Steenberg, der ein williges Werkzeug der Grubenbesitzer von Idaho war, beteiligt gewesen seien. Man brachte sie unter Mischnutzung der Gesetze aus ihrem Heimatstaat Colorado heimlich in einer Nacht über die Grenze und setzte sie in Idaho gefangen. Die Gefangenen wandten sich an die Gerichte, aber ohne Erfolg, sie blieben gefangen. Auch das Bundes-Obergericht entschied, daß sie ihren Prozeß abwarten müssen. Die Unschuld der Angeklagten ist zweifellos, aber sie sollen der Nach der Grubenbesitzer, die die starke Gewerkschaft der Bergleute bitten lassen, gesperrt werden. Unsere Kameraden haben sich der Angelegenheit mit dem größten Eifer angenommen und die Gewerkschaften des Landes aufgerufen, dieser Bewegung ist es zu danken, daß die Gefangenen in Idaho nicht längst an den Galgen gebracht worden sind. Die Arbeiterschaft hat in dem ganzen Jahre die Angelegenheit nie aus den Augen verloren. Sie hat die Protestveranstaltungen durchgeführt und die Gelder zur Verteilung gesammelt, sie macht jetzt auf die gegenwärtig drohende Gefahr aufmerksam, daß nämlich ein gerechter Prozeß nicht zu erwarten ist, wenn nicht die ganze Arbeiterschaft des Landes ihre Ausführlichkeit darauf richtet. Der Antrag der katholischen Kirchengemeinde Neulinghausen, auch für ihren Küster 150 Mk. jährlich zu bewilligen. Zum Glück lehnte der Kirchenvorstand diesen Antrag ab. Will man denn den Knappschäftsverein, die durch Finanzierungnahme von Seelsorgern nach der Gebührenordnung aufstehende Entschädigung zugesagt. Die evangelische Kirchengemeinde in Belsenkirchen verlangen 1000 Mk. für Ausschaffung eines Harmoniums. Gedrängt wurde, ebenso wie den Knappschäftsvereinen, die durch Finanzierungnahme von Seelsorgern nach der Gebührenordnung aufstehende Entschädigung zugesagt. Die evangelische Kirchengemeinde Belsenkirchen verlangt 1000 Mk. zu demselben Zweck. Der Antrag wurde gegen eine Kameraden, die ebenfalls der Kirche erlaubt und Wante man sie deswegen auch etwas berücksichtigen. Erneut erlaubten wir uns die Kritik, wie es denn eigentlich mit der Vergleichung der Taschenkasse aussieht? Wane hat nichts mehr davon. Wohl hat man in der Kasse die Kleiderkassen noch einmal geöffnet, um sich noch noch zu öffnen, doch kann er erst als geworden und nur noch als Schlüssel zu verbrauchen ist. So wurden hier am 8. Februar des Morgens 30. Eintritte aus dem Überwachungsraum gemacht, um die Kasse zu öffnen, und wieder einmal in seiner Zeitung mit der Kasse darauf aufzutreten. Die Kameraden sagen allen Verbandsvereinern am ersten dadurch den Stuhl vor die Türe, indem sie die noch unorganisierten aufstehen, sie herbeiholen zur Organisation, und zum Zug, dem Gegner zum Zug.

Zusammenfassung des Sachverständisschusses: Mitgliedern, welche sich

im Monat des 1. April 1903 entlassen werden, müssen sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höhne. Vielleicht sucht er diesen

Morgengesicht, um den Profit auf der Höhe zu halten, wieder einzufahren

zu. Herr Sieger kennt sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höhne. Vielleicht sucht er diesen

Morgengesicht, um den Profit auf der Höhe zu halten, wieder einzufahren

zu. Herr Sieger kennt sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höhne. Vielleicht sucht er diesen

Morgengesicht, um den Profit auf der Höhe zu halten, wieder einzufahren

zu. Herr Sieger kennt sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höhne. Vielleicht sucht er diesen

Morgengesicht, um den Profit auf der Höhe zu halten, wieder einzufahren

zu. Herr Sieger kennt sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höhne. Vielleicht sucht er diesen

Morgengesicht, um den Profit auf der Höhe zu halten, wieder einzufahren

zu. Herr Sieger kennt sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höhne. Vielleicht sucht er diesen

Morgengesicht, um den Profit auf der Höhe zu halten, wieder einzufahren

zu. Herr Sieger kennt sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höhne. Vielleicht sucht er diesen

Morgengesicht, um den Profit auf der Höhe zu halten, wieder einzufahren

zu. Herr Sieger kennt sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höhne. Vielleicht sucht er diesen

Morgengesicht, um den Profit auf der Höhe zu halten, wieder einzufahren

zu. Herr Sieger kennt sie auf, nur je am 2. Februar, abends, in die überale Versammlung zu geben. Übernahmen sind hier noch immer an der Tagessiedlung, mindestens jede Woche werden zweimal zwölf Stunden gemacht. Die Beamten können dies ja so gleichermaßen auswählen, denn sie fahren von 1—2 Uhr zum Mittagessen aus; der Arbeitnehmer bei seinem schweren Schuhwerk kann sich natürlich dies nicht leisten. Auch auf die Cameratausgabe könnte die Verwaltung ihre Augenlider richten, damit man keine zehn Minuten oder noch länger auf die Cameratausgabe zu warten braucht. Sieger ist darüber interessiert sich fürchtbar für unser Verband, hauptsächlich für unseren Bezirksteiler Höh

che die Seifahrt beendet ist. Da nun die Kameraden, die am vierten Schacht anstehen, den Weg über die Brücke nehmen müssen, so kann man dies nur weiter gestopft, leicht einmal ein Unfall passieren. Auch scheint manchen Kameraden nichts an einer achtstündigen Ruhezeit zu liegen, da die meisten, die aus der Mittag- in die Morgenschicht wechseln müssen oder doppelt machen, abends um 11 Uhr herauskommen, aber morgens um 4 Uhr schon wieder anfahren müssen. Den Arbeitsausschuss als "geleglichen Arbeitervertreter" schenken diese Mißstände nicht aufzuholen, hört man doch von ihm überhaupt nichts mehr. Berghabende Belegschaftsmitglieder haben schon öfters angezeigt, ob es nicht ratsam wäre, einen Wagenmehrsatz zu erfordern, um den Wagen zur Fortbewegung förmlich zu sein. Auch findet man hier Wagen, an welchen ein halbes Lad oder auch ein Stütz-Wand steht, aber voll sollen sie geladen werden, sonst gibt es Strafen. Die Klagen über Verlust von Gewägen in der Schmelde bezüglich Holz und Eisen werden auch nicht verschwinden, es wäre sehr wünschenswert, daß man auch Gewähr bekommt, wenn man mit dem letzten Karren ausfährt, was bis jetzt meistens nicht der Fall ist. 200 Kameraden, die Fasching feierten, wurden mit 50 Pf. bis zu 8 Uhr bestraft. Dies soll wohl mittheilen, daß das Fleisch auf ihren Mittagsessen ratet. Die Herren vergnügten sich in Süden im Ölgeruch und schlammten Seltz; macht sich aber der Arbeiter eben Tag frei, so wird er bestraft. So muß es sein, d. h. solange sich der Arbeiter dies gesessen läßt.

Reiche Große Grube (Schacht I und II). Die Bergpolizeilichen Vorschriften verlangen, daß die Türen an den Karren verschlossen sind und zwar so, daß die Leute auf den Karren sie nicht öffnen können. Hier scheint diese Vorsicht nicht mehr zu gelten. Auch das Abholen der Leute bei den Schächten kostet jetzt Seltz in Anspruch zu nehmen, die ja bei der Kohlenförderung besser verwendbar werden kann. Man läßt einfach soviel Leute aus den Stöcken gehen, als noch Lust haben, aufzustellen, sodass öfters der Aufzüller den Stock nicht mehr schließen kann und die Leute mit der Hinterseite bei der Ausfahrt die Soutourne streifen. Die Wachknechte könnten auch beim Namen der Reiche etwas mehr Ehre machen und wäre es angebracht, wenn die Verwaltung Fürsorge treffen wollte, daß dort keine Meinlichkeit herrscht. Es kostet doch einen und liegt es doch auch nur im Interesse der Verwaltung, saubere Städte auf ihrem Wege vorzufinden.

Reiche Mont Génis. Die Waschstube muss hier ein wundliches Beträufeln unterworfen werden, denn es herrst in ihr ein Gestank, wie auf einem Schlundanger. Wenn dies bei der jüngsten Witterung schon der Fall ist, wie soll dies erst werden, wenn die warme Jahreszeit eintritt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese bauern Sellen der Kritik die Verwaltung verlassen, schenkungst Stenendur schaffen zu lassen.

Reiche Rennsteig. Es gibt keine Not für die Arbeiter, sie verdienten hohe Löhne! So kann man immer und immer wieder in der Unternehmenspresse lesen und auch sonst hören. Ob nachfolgender Wahrheit, den eine Kameradschaft im Neuer VI., bei Steiger Steinen, verdiene, auch zu den "hohen" zu zählen ist? Diese Kameradschaft verdiene in 25 Schichten 107,75 M., das ist auf die Schicht, nach Abrechnung des Knappothaftsgefülls von 8,25 M. und 22 Pf. Gedächtnis der horrende Verdienst von 4,00 M. Bergmann, du klagst du noch, 4,00 M! Soviel geben die Herren schon zum Frühstück aus, und dann wirst du bei deiner schweren Arbeit, wo du doch keine Zeit zum Soupern hast auch damit ankommen können. Jedes Mann war diese Kameradschaft stark, sie lieferten 800 Wagen Kohlen, ohne die Nebenarbeit, die sie noch leisteten und dabei verdienten sie einen solchen Lohn. Höre man doch endlich auf, von Dohnerböhungen im allgemeinen zu reden, vor seiner Familie schämen, die ihn als Kaufmänner betrachten müßt, wenn er mit den paar Mark in der guten Konjunktur nach Hause kommt.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Fuchsgrube. Bei Einleitung der Lohnbewegung im letzten Herbst erfüllte auch der Arbeitsausschuss der Fuchsgrube seine Pflicht und reichte im Auftrage der Belegschaft die Forderungen ein. In der Sitzung des Arbeitsausschusses mit der Direktion wurde den Auskönnern, welche unter einer späten Wahlzeit auftraten, daß sämtliche Mitglieder nach dieser Sitzung die Amt niedergelegt. Eine Meinvocht hat bisher nicht stattgefunden. Nun hat die Grubenverwaltung die Zeit benötigt und ein neues Reglement herausgegeben betreffend die Bestimmungen zur Wahl eines Arbeitsausschusses auf genanntem Werke. Diese neuen Sitzungen sind dann neuem Berggesetz entsprechend. Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter, welcher das 21. Lebensjahr vollendet hat und ein Jahr alte Arbeiter, welcher über drei Jahre auf dem Werk beschäftigt ist. Die Wahlperiode dauert fünf Jahre. Die Wahl ist nach Wochen vor dem Wahltag bekannt zu machen und es wird durch Stimmentheilung entschieden. Dies sind ungefähr die Hauptbestimmungen des neuen Reglements. Die Zahl der Auskönnungsmitglieder soll auf 10 Mann festgesetzt werden, während bisher jede Abteilung einen Vertrauensmann wählte und die Schlepper jedes Schachtes (Julius, Bismarck, Hans- und Heinrichschacht) je einen wählten. Die neuen Vorsitzenden sollen am 1. April in Kraft treten, vorausgesetzt, daß sie vom Oberbergamt in Breslau genehmigt werden. Nun, Kameraden, an uns wird es liegen, dafür zu sorgen, daß auch in den neuen Arbeitsausschüssen wieder Männer arbeiten, welche sich ihrer Pflicht bewußt sind und unerschrocken für die Arbeiterforderungen eintreten. Vor allem aber heißt mit, die uns noch fernstehenden Belegschaftsmitglieder zum Eintreten in den Verband zu bewegen, damit wir als eine einzige und geschlossene Schar hinter dem Arbeitsausschuss stehen. Nur dann wird es uns möglich sein, die Tätigkeit derselben zu einer uns möglichen zu gestalten. Durch die Fortwanderung der fleißigen Bergarbeiter nach dem Ruhrrevier herrscht im niederschlesischen Schlepperviertel ein empfindlicher Arbeitermangel. Dies ist auch hier der Fall. Deshalb suchte die Verwaltung durch Anlegung fremder Arbeiter dem Nebel abzuholen. zunächst versuchte man es mit einem Trupp Essechen. Es wurden von der Verwaltung Schlafräume für Bergmannsstuben so "schön" wie möglich zu gestalten, leider ohne Erfolg. Es sind nach kurzer Zeit wieder verschwunden. Nun hat man wiederholt versucht, wo eine Menge angeworben und hierhergeführt in denen von gewissenlosen Agenten ein Lohn von 4-6 Mark vor- gespiegelt wurde, angelockt hat. Wenn die Leute herkommen, sehen sie nur zu bald ein, daß sie die Verteilung sind. Ein Lohn in dieser Höhe kann von einem Schlepper hier nur in zwei Schichten verdient werden, verständlich sind die Leute erbittert, wenn sie ganz andere Verhältnisse vorfinden und geben dann ihrer Enttäuschung auch Ausdruck. Das Ende von Eide ist dann, daß diese "teuren" Leute, die ihre Meinung zu laut äußerten, von Polizeibeamten auf den Bahnhof gebracht und in die Heimat zurückvertrieben werden. Hoffentlich zieht die Grubenverwaltung daraus ihre Lehre und sorgt für Löhne, welche es den Arbeiter ermöglichen, als Menschen zu leben, dann wird ein derartiger Mangel nicht wieder eintreten und findet man hier Arbeitskräfte genug.

Grube Unser Frih, Görlitz. Wir sehen uns gezwungen, wieder einmal den Betrieb eigner Grube einer Kritik zu unterziehen, vornehmlich aber die Handlungswweise des Herrn Steiger Müller. War schon früher der Betrieb von Unser Frih bei den Bergarbeitern in nicht gutem Flusse, unter der Leitung der Betriebsleiter Dietrich und Voos, so hatte es sich nach dem Streit doch etwas gebessert. Heute, wo Herr Steiger Müller zu kommandieren hat, sind die Verhältnisse bedeutend verschlechtert. Herr Müller scheint nur die Absicht zu haben, recht viel Kohle zu liefern, denn darauf deutet seine Neuerungen, mit denen er die Arbeiter ansprezt, hin. Es hört man von ihm, das ist keine Leistung. Herr Müller sollte aber in Betracht ziehen, daß es nicht einen Tag so klappt wie den andern, um immer das gleiche Quantum Kohle zu liefern. Vielleicht meint Herr Müller, daß die Arbeiter die Pausen mit dazu benötigen sollen, um genügend Kohle zu lesen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller etwas um den Betrieb kümmern würde und es unterlassen sollte, die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn sollen die betreffenden Strecken herabgesetzt werden, so fallen meist die Schienen um und Herr Müller sagt ganz klug, die Arbeiter hätten sie ihm zum Schäbbern weggeschlagen. Besser wäre es freilich, wenn Herr Müller dringend erzählen, doch dafür zu selbst die Schienen in den Strecken zu legen, wodurch den Arbeitern nur Nachteile erwachsen, denn

Ufus ist. Sie verbreten dies sofort, wenn sie dazukommen. Solche Feinfühligkeit mag wohl in höheren Damenstiften am Platze sein, aber in einem Krankenhaus für Bergarbeiter ist sie nicht angebracht. Alles dem Pflur darf man sich auch nicht aufhalten, sondern man soll hübsch brav im Zimmer sitzen bleiben. Ferner wäre zu wünschen, daß für die Kranken Haussleidung geschaffen würde, damit sie nicht Wochenlang mit ihren mitgebrachten Kindern hier aubringen müssen. Neugierde schenkt auch nicht ganz verpönt zu sein. In diesem Hospitale, denn ein Kamerad, der unlängst einen Brief von seiner Frau im Hause verlor, erhielt ihn wieder, als er schon entlassen war, durch die Post zugesandt. Doch trug er den Vermerk: "Von einer neugierigen Hand geöffnet." Hoffentlich klopft man solchen Händen gehörig auf die Finger, es soll dies manchmal gut zur Bezahlung der Neugierde sein.

Güllerich. Diejenigen Ständeraden, welche ihr Vohnbuch noch nicht abgegeben haben, werden ersucht, dies baldigst zu tun, damit die Vohnstafel vollständig wird. Auch die Wahlstellerversammlungen müssen besser besucht werden wie bisher. Die Seiten sind zu ernst um dahinter bluttern Osen zu sätzen und zu träumen. Unsere nächste Versammlung findet am 8. März, nachmittags 8 Uhr, nach der Versammlung des Knappenvereins statt. Wegen der vorzunehmenden Delegiertenwahl darf kein Mitglied fehlen. Ein jeder muss es als eine Ehre betrachten, mitzuberaten zum Besten des Verbandes und der gesamten Mitgliedschaft.

Breitenbruch. Nachdem die Aufrégung des Wahlkampfes vorbei ist und die durch denselben aufgepeitschten politischen Wogen sich wieder auslangen zu glätten, ist es wohl an der Zeit, über die während des

ausgangen zu gründen, mit dem sozialen Kampfes gemachten Erfahrungen und Beobachtungen nachzudenken, und die für die freie organisierte Arbeiterschaft sich daraus ergebenden Konsequenzen daraus zu ziehen. So hat sich wie in ganz Deutschland, so auch in unserem Bezirk zur Goldring gezeigt, daß, wenn es heißt für die unteren Klassen der Bevölkerung etwas Positives zu erreichen, die sämtlichen andern Stände versagen. Wie hat die Bürger- und Beamtenschaft gesammelt und geklagt über Steuerdruck und Teuerung, aber als ihnen unser Arbeiterkandidat Hué zur Wahl empfohlen wurde, versagten sie, gingen hin und wählten den gegenwärtigen Kandidaten. Daß die circa 200 Stimmen, welche der nationalliberale Kandidat in der Stichwahl hier mehr bekommen hat, wie in der Hauptwahl, von katholischen Arbeitern abgegeben sind, wird wohl niemand zu behaupten wagen. Im Gegenteil hat die christliche Arbeiterschaft in der Stichwahl ihre Klassenangewandtheit nicht verleugnet. Über nicht allein bei sondern vor der Wahl ist uns hier zu Gemüte geführt worden, daß der Arbeiter bei den andern Ständen nicht auf Hilfe rechnen darf. Unser Vertreutensmann ging vor der Hauptwahl zu den hiesigen Saalbesitzern um eine Wählerversammlung zu Gunsten unseres Kandidaten Hué abhalten zu können, wurde aber von Herrn Schrage sowie Herrn Overbeck glatt abgewiesen. Ersterer schützte seine Abhängigkeit von seinem Onkel, letzterer seine Abhängigkeit von — dem Herrn Rektor vor. Als unser Vertreutensmann darauf erwiederte der Wirt müsse doch selbst wissen, wem er seinen Saal gäbe, sagte Herr Overbeck wörtlich: "Gehen Sie zum Rektor, wenn der die Erlaubnis gibt, können Sie den Saal haben, lieber heute wie morgen. Da wir dieses vor der Hauptwahl für zwecklos hielten unterließen wir die Befolgung dieses Rates. Als aber nach der Hauptwahl das Zentrum ausgeschieden war und Herr O. uns zum zweitenmal an den Herrn Rektor verwies, gingen wir hin. Was wir gehaht, geschah. Der Herr stellte sich sehr entrüstet, daß der Wirt ihm daß Verfügungsrecht über seine Saale verlor. Er kann da nichts für und nichts gegen

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe.

Jagen darf tun. (Rector) wirklich die Verfügung über den Saal habe durch die vielen kirchlichen Vereine, welche in dem betreffenden Saale ihre Feste feiern und daß er ja mittels dieser Vereine nach dem Streik den Wirt gezwungen habe, uns den Saal zu entziehen, beantwortete der geistliche Herr mit derart gewundeten Ausflüchten, daß wir uns nicht enthalten konnten, ihm das Zeugnis eines tüchtigen Zentrumsmanes auszusprechen. In dem betreffenden Saale konnte aber am Sonntag vor der Stichwahl eine nationalliberale Versammlung stattfinden. Zu dieser war die Erlaubnis des Herren Rectors nicht nötig. Der Kandidat der Arbeiter durfte nicht zum Wort kommen, derjenige des Kapitalismus wohl. Ihr seht also Kameraden, Art läßt nicht von Art. Wenn der Arbeiter sich nicht ganz ausschließlich auf seine eigene Kraft verläßt, so kann er nur Enttäuschungen erleben. Datum heißt es nun für uns in Freisenbrück alle Kräfte zusammenfassen und einträchtig an der Ausbreitung unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu arbeiten. Wir befinden uns ersteuerlicherweise im Aufstieg. Über darum kein Mühen und Kosten. Unermüdlich agitieren. Ebenso müssen unsre Wahlstellenversammlungen besser besucht werden. Wenn uns ein Wirt seine Räume zur Verfügung stellt, ist es Ehrenpflicht jedes Kameraden, den Wirt auch zu unterstützen. Am Sonntag den 8. März findet bei Wirt Schmitz in Sevinghausen eine Versammlung statt. Wir ersuchen alle Kameraden dringend, dieser Versammlung beizuwöhnen.

Gefingen. Am 10. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt, in welcher die Polizei bald stärker vertreten war wie wir. Wer haben will, daß uns das Lokal erhalten bleibt, sorge mit dafür, daß in Zukunft der Besuch ein besserer wird. Jetzt, wo man versucht, mit allen Mitteln den Wirt gegen uns aufzuhetzen, steht doch das Militär mit auf dem Index, ist es für uns doppelt nötig, ihn zu unterstützen. Wer einen Groschen zum Verzehrten übrig hat und ein Gläschen Bier trinken will, der muß auch bei dem Wirt verkehren, der uns durch Hergabe seines Lokals unterstützt, und nicht zu denen laufen, die wohl gerne unsere Groschen nehmen, aber nichts von uns wissen wollen. Da jetzt alle Arbeiterfeinde gegen uns stehen, müssen wir einiger sein wie je vorher, auch muß jedes Mitglied bestrebt sein, die Organisation zu fördern und auszubauen. Die nächste Versammlung findet am 10. März, vormittags 11 Uhr, statt und wird uns ein tüchtiger Referent einen Vortrag halten, deshalb alle zur Stelle, keiner darf fehlen.

Mengede. Seit einem Vierteljahr läßt unsrer Versammlungsbesuch alles zu wünschen übrig. Man sollte doch glauben, daß, wo wir jetzt ein Lokal besitzen, die Kameraden wenigstens die paar Stunden im Monat sich freimachen könnten, um in den Zahlstellenversammlungen mitberaten zu helfen, wie wir unsere Lage verbessern können. Waren doch am 17. Februar nur circa 30 Kameraden erschienen, dabei zählt unsre Zahlstelle 400 Mitglieder. Es sollte doch endlich den Kameraden klar sein, daß es nicht genug damit ist, wenn man nur seine Beiträge bezahlt, sondern als Gewerkschafter hat man auch die Pflicht, an den Beratungen der Organisation teilzunehmen. Auch ist es für den Wirt, der uns sein Lokal zur Verfügung stellte, sehr unangenehm, zu sehen, daß er von der Zahlstelle, vielmehr von den meisten Mitgliedern derselben, im Stiche gelassen wird. Wir müssen doch als Gewerkschafter die Solidarität beibehalten zu unterstützen, der unsrer Sache dient, indem er sein Lokal zur Verfügung stellt. Kameraden, diese Lauheit muß verschwinden, soll sie nicht für uns schädliche Folgen zeitigen. Hinein in die Versammlungen und zwar vollzählig, auf daß wir uns unserer Zahlstelle nicht zu schämen brauchen. Den Kameraden diene zugleich zur Kenntnis, daß die nächstmontäliche Zahlstellenversammlung nicht wie sonst am dritten, sondern am zweiten Sonntag (also am 10. März) stattfindet. In derselben wird ein Vortrag über Knappsschaftsangelegenheiten gehalten, und ist es Pflicht eines jeden Kameraden, der seine Interessen wahrnehmen will, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sodingen. Er erwartet die Polizei. Unser Vereinswirt Engels hatte vor ungefähr sechs Wochen das Pech, daß die elektrische Lampe, die den Eingang zur Wirtschaft beleuchtet, versagte. Da es schon spät und auch sehr stürmisch war, glaubte Herr Engels keine andere Lampe anhängen zu dürfen, die die Lampe seines Nachbarts den Eingang mit beleuchtete. Aber er hatte die Rechnung ohne das "christliche" Gewerbevereinsmitglied Röster gemacht. Der Zuhälter wollte, daß dieser Mann mit einem Polizeibeamten zusammenkäme und auch gleich als Zeuge fungierte. Herr Engels wurde darauf mit einem Strafmandat beglückt. Das Original dieses Strafbefehls liegt in Händen Engels zur Ansicht. Wir sind der Meinung, daß dort Vorfahrt genug vorhanden ist und sich "christliche" Gewerbetreibende nicht dazu verpflichten sollten Konkurrenz zu machen. Da heißt denn da die christliche Nachstenliebe. Herr Röster?

Scherbenamtsherrin Anna.

Heide bei Wierberg. (Kölner Braunkohlenbergwerke.) Am 17. Februar fand im Saale des heru. Zammertz eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher zur diesjährigen Generalversammlung Stellung genommen und einstimmig beschlossen wurde, dass folgend Anträge vorzutragen: 1. Befestigung der Sterbeunterstützung und als Erfolg dafür Verkürzung der Räurenzeit für Krankengeldzuschuss auf ein halbes Jahr unter Fortfall der 14tägigen Wartezeit, vielmehr soll der Krankengeldzuschuss schon nach sieben Tagen gewährt werden. Die Versammlung erachtet diese Änderung der Unterstützungsseinrichtungen für notwendig, auch wenn dadurch eine Beitragserhöhung bis zu 50 Pf. pro Woche nötig sein sollte. 2. Interessensfigkeit der im Bergbau Beschäftigten Arbeiter (mit sind die Indifferenzen) und die daraus

fordern zugrätzige, erfolgreiche Agitationsmittel, Ausbau der Unterhaltsungslehranstalten und richtige Anwendung derselben. Da indessen in der bereits bestehenden Sterbeunterstützung und unter Hinweis auf dieselbe weder ein Mitglied für den Verband gewonnen, noch erhalten werden kann, trotz der vielen Tausende, die alljährlich für diese Einrichtung geopfert werden müssen, die Kargenzeit zur Gewinnung der anderen Unterstützungen aber zu lang ist, der Gründung von Lokalen insoweit hingegen geringer Opferwilligkeit mancher Mitglieder Schwierigkeiten entgegenstehen, in den neu gegründeten und jungen Zahlstellen verhaupt Lokalstellen nicht gebildet werden können, ersucht die Mitgliedschaft Gruhlwerk die Generalversammlung, im Interesse einer erfolgreichen Weiterentwicklung des Verbandes, obigem Antrage zu entsprechen und die Statuten demgemäß abändern. Auch etwaige Einsätze, diese Unterstützung hätte manche Not gelindert, sind nicht derart überwiegender, um von obigem Antrage abzusehen. Denn im Falle eines Mitgliedes oder besseren Theils gibt jeder Kamerad gern ein paar Roschen, damit die erste Not beseitigt werden kann und bei Massenangriffen, wie z. B. auf Grube Nieden re., fehlt es auch nicht an privaten Geldspenden. Es fallen also diesbezügliche Einwendungen fort. Die Generalversammlung möge, in Unbetracht der Wichtigkeit des Verbandsvergangs als Agitator des Verbandes und der einzelnen Zahlstellen vorge tragen, daß dasselbe so ausgestattet wird, um jederzeit den Einwendungen der Vertrauensleute von Mitgliedern und dergl. Raum bieten zu können. Begründung: Manchen Büros steht nur dies eine Mittel (nämlich die „Bergarbeiter-Zeitung“) betreffs Aussprache und dergl. zur Verfügung, dasselbe erweist sich aber, infolge Vermehrung der Zahlstellen, als unzureichend und werden dieserhalb stets zahlreiche Berichte von dem Redakteur abgewiesen oder bis zum Minnerleinstag aufbewahrt, wenn sie inzwischen nicht in den Papierkorb gewandert sind. Daß dieser Zustand dem Verband nicht siedlerisch ist, kann nicht abgestritten werden, noch zumal dadurch die Vertrauensleute in ihrer Agitation eingeschränkt werden. Aus allen diesen Gründen hält es die Versammlung für geboten, daß beim Antrage stattgegeben wird, Des weiteren wird der Vertrauensmann beauftragt, bei den Gastwirten und Meiermeistern Herren Heinrich Mayer in Uelz, Uhlstraße 88 und Herrn Hermann u. L. Kierberg, betreffs Hergabe ihrer Lokalitäten zu Versammlungen doch einmal vorstellig zu werden. Sollten sich diese Wirt wieder weigern, so müssen andere Maßregeln getroffen werden. Eine diesbezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen. Wir werden die Antwort der beiden Wirts in der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht und danach unsere Maßregeln ergreifen, auch die Resolution werden wir, falls uns eine abschlägige Antwort zuteil werden sollte, zum Abdruck bringen. Der Vertrauensmann J. Weiß ersuchte dann noch die Kameraden, die Mitgliedsbücher und die Beiträge bereit zu halten für Sonntag, damit das Klassieren der Beiträge schneller von statthaften ginge und man nicht zwei- bis dreimal in ein Haus laufen müsse. Auch wurde beschlossen, von nun ab jeden Monat eine Mitgliederversammlung einzustalten und zwar stets den zweiten Sonntag im Monat im Lammerischen lokale in Heide. Es sei dies nötig, damit sich die Kameraden gegenseitig aussprechen und etwaige Mitglistände vorbringen könnten. Pflicht jedes Kameraden aber sei es, die Mitgliederversammlungen eifrig zu besuchen, und eifrig mitzuarbeiten, so daß die Zahlstelle Gruhlwerk, die gegenwärtig bereits weit über 100 Mitglieder zähle, nach einjährigem Bestehen mit an der Spitze der größten Zahlstellen stehen könne. Sieben Neuaunahmen könnten die kurze Zusammenfassung.

der stetigen Fluktuation hat besonders die Bergarbeiter-Vereinigung durch Orte zu leiden. Der Bergarbeiter-Verein verlor viele Mitglieder durch Fortzug, so auch der bessige Volksverein. Mögen die Bergarbeiter in ihrer neuen Heimat mit Eifer weiter für den Befreiungskampf Anhänger werben, dann werden die Stoffurter den Verlust zu schägen wissen. Ganz besonders aber sind es die kleinen Gewerbetreibenden, welche durch den Absatz der Bevölkerungsziffer hart in ihrer Existenz bedroht werden. Aber weit schlimmeres droht der Millionenreiche zukünftigen Stadt. Während die anhaltischen fiskalischen und preußischen fiskalischen Werke, Schacht I und II (Aukath) und Achenbach (Preußen) bereits vollständig verlossen sind, droht nunmehr das nasse Element dem größten Werk Stoffurt den Garans zu machen. Neu-Stoffurt; seit Jahren mit dem Wasser lämpfend, wird nach der bürgerlichen Presse für verloren gemeldet. Noch sind die Nachrichten mit Reserve aufzunehmen, doch scheint es tatsächlich, daß die vergangenen Anstrengungen erfolglos bleiben. Die ungeheure Mauer, welche man dem Wasser entgegengebracht hat, kann nur den vollständigen Untergang des Niedenwerkes etwas verzögern, niemals aber verhindern. Die süßen Gewässer werden im Statt weiter spülen und sich andere Ausgänge zu verschaffen wissen. Das Freudengeheul der betreffenden Unternehmer hat sich aber verfrüht bewiesen, falls ihm nicht andere Motive zugrunde gelegen haben. Seit einigen Monaten schwirrten Nachrichten durch die Presse, wonach sich der preußische Fiskus entschlossen hätte, Neu-Stoffurt aufzukaufen. Sollte dieses der Fall sein, so muß den objektiv Urteilenden der Gedanke kommen, als habe der Fiskus für den Schaden der Gewerkschaft Neu-Stoffurt. Nun grenzt allerdings das versoffene Achenbach direkt an Neu-Stoffurt, ber das kann doch nicht etwa ein Grund sein, den Fiskus haftbar zu machen. Andernfalls müßte sonst der anhaltische Fiskus für das Erkaufen des alten v. Leibtschachtes und demgemäß auch des Achenbachschachtes verantwortlich gemacht werden. Ob der Liegt ein anderer Grund der Verantwoortlichkeit vor? Wir erwarten über diese Frage volle Aufklärung, um falschen Gerüchten zu begegnen. Wir wissen doch, daß der preußische Fiskus nicht ohne weiteres bezahlt, wenn es sich um die durch Bergschäden einstürzenden Häuser minder Vermieteter handelt, hoffentlich zeigt er den Großkapitalisten gegenüber dasselbe Gesicht. Mit Neu-Stoffurt fällt, wie schon erwähnt, das größte Werk hier am Orte. Es bleibe noch das Privatwerk Ludivig II und das preußisch-fiskalische Werk Leipzig. Ersteres hat jedoch keine große Bedeutung mehr, da seine Nutzung nicht der der anderen, besonders der versoffenen Werke, entspricht. Es bleibe dann noch als einziges Werk das erwähnte preußisch-fiskalische Werk Werk Leipzig. Ob es dem Arbeiter hier viel nutzen wird, ist sehr fraglich, da der Fiskus schon jetzt seine Förderung besonders nach Bleicheroda und Wiedenburg verlegt hat, weil es ihm hier eher möglich ist, billige Arbeitskräfte zu bekommen. So sehen wir das ehemalige blühende Stoffurt seinem Untergange nahen. Nicht nur die Industrie, sondern auch die Gebäude im Innern der Stadt stürzen zusammen, gehen ihrem sicheren Untergange entgegen. Gleich einer Ruine steht die „Stadt“ aus, ja selbst die alte historische Kirche, welche tausend Jahre getrotzt hat, ist dem Untergange geweiht und die Statue Gottes nur so die Profite des Kapitals weichen. O Tyrannen des Schicksals. Noch ist nicht vorauszusehen, wann die neue Katastrophe hereinbricht, aber sie wird kommen, von Stoffurt mit seinen 1500 Arbeitern wird dann eine weitere Abnahme der Bevölkerungsziffer zu verzeichnen sein. Hunderte werden auswandern müssen, und auch die, welche so oft vor der Entlassung Angst hatten, wenn wir mit einem Aufnahmeschein an sie herantreten, werden nicht alle Machtmächtige werden können. Sie werden es sich in

Königreich Sachsen.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Hain. Sonntag den 8. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Verbundskafé in Hain eine Mitgliederversammlung statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich, auch sind die Mitgliedsbücher mitzubringen. Möge auch jeder Kamerad einen unserer Organisation noch fernstehenden Kameraden als Gast mitbringen, um ihn zur Aufnahme in den Verband zu bewegen.

Staßfurt. Eine untergehende Stadt. In einer kurzen Spanne Zeit hat sich die Kalifabrik zu einer Blüte entwickelt, deren Frucht einzig und allein den daran beteiligten Großkapitalisten in den Schoß gesunken ist. Ein armer Chemiker, Dr. Paul Franke, lernte nach langerem Experimentieren mit den sogenannten Ubraumhalzen, welche über dem Steinsalz lagerten, den Wert des Kalis für die Agrarkultur kennen. Der jüngeren Generation dürfte der Name jenes Begabten kaum noch bekannt sein, welcher durch die Bedeutung der Kalidüngung ein Kulturträger geworden ist; desto eifriger aber wird man sich bemühen, die Namen der Nordwaffen-Fabrikanten populär zu machen. In Staßfurt hatte man in den 50er Jahren den ersten Salzschacht abgeteuft, darob überall Jubel und Freude. Nachdem man andere mineralische Produkte abgeräumt, fand man die Steinsalzbank in starker Mächtigkeit. Etliche Jahre verflossen, als plötzlich die Bedeutung der Ubraumhalze bekannt wurde. Die Preise des fertigen Kalis waren ganz enorm teuer und es entstand eine Gründungssehnsucht nach neuen Kali-Fabriken. Viele alte Gemäuer können noch Zeugnis davon geben. Allmählich hatte sich Staßfurt-Leopoldshall zu einer reinen Berg- und Fabrikstadt entwickelt. Seine Einwohnerzahl war ganz bedeutend gestiegen und dicht zusammen gedrängt wohnten die Kali-Proleten. Nunmehr hatten sich die kleinen Fabriken fast alle zu einer großen Gesellschaft konzentriert, welches Beispiel ja nachher von den übriggebliebenen schnell nachgeholt wurde. Der Konkurrenzkampf hatte nur kurze Zeit gedauert. Um ihn zu befeistigen, schuf man sich das Kali-Syndikat. Desto leichter hatte man es aber nunmehr auch in der Hand, die Löhne nach Erneissen festzusetzen. In nicht zu beschreibender Weise wurden die Arbeiter gedrückt, bis endlich 1890 die Katastrophe hereinbrach und die Arbeiter, nachdem man ihnen eine Schichtverlängerung zugesetzte, in den Streik eintreten, welcher binnen wenigen Tagen mit einem Sieg der Arbeiter endete. Nachdem die Arbeiter diesen Schlag abgewehrt, fühlten sie sich sicher. Alle Mahnungen, sich zu organisieren, schlugen sie in den Wind und nun hat die Reaktion der Grubenmagnaten im Kalirevier gesiegt. Allerdings unter den brutalsten Mitteln, wie sie wohl schlimmer nicht vorgekommen sein dürften, hat

Borna. Von Lohn erhöhung ist hier nichts zu spüren, meistens bleiben die Löhne bestehen, teils werden aber auch die Gedinge reduziert. Sobald der Kumpel bei dem bestehenden Gedinge ein paar Pfennige verdient, flugs wird nächste Woche vom Gedinge heruntergerissen. Die Leute könnten sonst zu fett werden und Übermäßiges Fett ist bekanntlich bei der Arbeit im Wege. Damit der Kamerad sich gut bücken kann und keine Entzündungen auf Kosten der Armeekasse durchmachen muss, hat man hier die berühmte Coupur, pardon: Gedinge scheere. Die in der Preisvereinigung Mitteldeutscher Braunkohlenwerke organisierten Braunkohlenbarone (dem auch das Leipziger Syndikat angeschlossen ist) haben beschlossen, vom 1. April ab eine allgemeine Erhöhung der Sommerpreise für Kohlen einzutreten zu lassen und zwar um 8 Mr. für Briketts und Kalkpresssteine, um 2 Mr. für die Kohlohle. Ursprünglich wollten die Herren sogar die Preise um 10 bezw. 4 Mr. erhöhen, nahmen aber davon Abstand, weil die sächsische Eisenbahnverwaltung eine Ermäßigung der Bechenfrachten um 2 Mr. eintreten ließ. Trotz dieser Schröpfung des konsumierenden Publikums werden die Kohlenbarone nicht dafür zu haben sein, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen und die hygienischen Einrichtungen auf den Gruben zu verbessern. Im Gegenteil: wer die Herrschaften und die ihnen willfährige Presse kennt, macht sich darauf gesetzt, daß die Preiserhöhung mit angeblich gestiegenen Arbeitersöhnen „begründet“ wird. Das ist so bequem und hebt das Publikum gegen die Arbeiterbewegung auf. Die Grubenklauer mögen sich die Einigkeit unserer Ausbeuter zum Vorbild dienen lassen. Da gibt es keinen Konkurrenzkampf mehr, diese Herren, ob Jude, Atheist oder Christ, sind gut einheitlich organisiert, treiben hierbei die Preisunserer Produktion in die Höhe, lassen aber trotzdem den Erzeuger alle Werte, den Arbeiter, ruhig weiter hungern, ja spottend ruft man uns noch zu: „Schwallt den Hungerriemen ein paar Löcher enger!“ Wehren sich dann die gefleckten Arbeiter, dann versucht man mit allen Mitteln ihre Berufsorganisation zu zertrümmern, das ist eine der Hauptaufgaben unserer Unternehmerverbände. Schon mancher Kamerad hat vor diesen Herren Spießruten laufen müssen. Doch alle Maßregelungen haben unsere Organisation genügt. Im Revier finden wir jetzt auf allen Gruben Organisierte. Die vergangene Reichstagswahl lehrt uns, die gewerkschaftlichen Organisationen immer weiter und besser auszubauen. In allen Orten, wo Bergarbeiter wohnen, müssen eigene Wahlstellen errichtet werden. Viele Bergarbeiter lesen heute noch keine Zeitungen oder höchstens die bekannte Presse zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Auch diese Kameraden müssen gewonne werden. Mit Hilfe dieser Indifferenter und kleinen Geschäftsleute gelangte der Vorsitzende des Reichslügenverbandes in den Reichstag. Wir haben keine Ursache, über den Wahlausfall traurig zu sein, das Genossenschaftswesen macht erfreuliche Fortschritte, unsere Presse, die Organisationen sind überall gestärkt aus dem Kampf hervorgegangen, wenn es auch Herrn vor Liebert nicht paßt. Aber seien wir auf der Hut, Kameraden allerorts im Revier die Augen offen, es schleicht ein Wolf im Schafspel im Revier herum. Seien wir jederzeit gewappnet und beim ersten Angriff, eine zweite Bergarbeiterorganisation hier einzuführen, bereit, den eventuellen Bersplitterer eine gehörige Abfuhr zu geben. Wir organisieren uns als Bergarbeiter einheitlich, um mit ganzer Kraft unsere wirtschaftliche Lage zu heben. Nun vorwärts, Kameraden, an die Arbeiter breiten unsern Verband in allen Orten aus; Kermitsuppen müssen auf

die Stassfurter Arbeiterschaft zu leiben gehabt. Zuchthaus, Gefängnis und Haft, überhaupt Freiheitsstrafen in vielen Jahren sind über sie her niedergeschlagen und mit Grauen kann man nur an das namenlose Elend zurückdenken, welches die Familien der Betroffenen ausgehalten haben. Maßregelungen, unter Mitwirkung der Behörden usw. Von kleinlichen Chikanen erst gar nicht zu sprechen. Alles dieses hat natürlich auch seine Einwirkung nicht verfehlt, was besonders der 25. Januar d. J. bewiesen hat, wo selbst der Stassfurter Bezirk im Kreise Calbe-Aischersleben zu Gunsten der Arbeiterkandidaten, den Ausschlag gegeben hat. Über auch die Opfer, die das Kapital während der Arbeit forderte, sind ungeheuer. Schon beim Abteufen erforderte der Schacht Ludwig II viele Opfer und auch die langen Jahre hindurch fehlte es nicht an zahlreichen Unglücksfällen. Am 11. November 1901 kam es zu einem Massenunglück, welches 17 Tote und zahlreiche Vermundete Bergleute forderte. Die Ursachen sollen in einer Erderschütterung bestanden haben, doch ist dieses nicht zu erweisen gewesen. Der Anhaltische fiskalische Schacht, sowie auch die privatkapitalistischen Gruben Agathé und Hammacher, der Gewerkschaft Neu-Stassfurt, haben eine ganze Anzahl tödlicher Unfälle zu verzeichnen, während der Bostsmund dem preußisch-fiskalischen Schacht Achenbach den Namen „Ach und Frach“, seiner unzähligen Unglücksfälle selber, zugelegt haben. Die Kalibohrversuche außerhalb des Stassfurter Bezirks waren größtenteils von Erfolg und entstanden eine ganze Anzahl neuer Kalimine, welche einen Teil der geübten Stassfurter Berg- und Fabrikarbeiter durch schöne Versprechungen an sich zu locken verstanden, um natürlich dieselben Hungerlöhn zu zahlen, wie hier. Ein Ausgleich der Bevölkerung konnte durch den Zugzug nicht stattfinden, weil durch die neuen Werke die Produktion der alten Stassfurter Werke geschmälert wurde. Also hatte Stassfurt seinen Höhepunkt erreicht. Unter

es den Wagen an Schmiede mangelt. Auf der Grube G. Scholze ist man seit einem Jahr schon am bauen eines Bades, es scheint gar nicht fertig werden zu können. Auch mit der Herbeischaffung von Trinkwasser schenkt man seine liebe Not zu haben. Auf dem Hirschfelder Braunkohlen und Bleikettwerk hat Herr Kornelius wieder einmal erfasst, das nicht nur die Herren Unternehmer, sondern auch andere Leute Recht vor dem Gesetz bekommen können. Es war bei zwei Prozessen der Leidtragende und musste den betroffenen Arbeitern, die Zeit der Räumungsstrafe auszahlen. Auf Grube Gießmannsdorf hatte man die Absicht, die Löhne zukürzen, doch ließ man sich, um den Frieden zu erhalten, eines besseren belehnen. Das Weichenberg Braunkohlenwerk scheint Gehorsam an Leute zu haben, wurden doch unter anderem auch zwei Arbeitnehmer entlassen. Doch wird dies alles nichts trog aller Hindernisse, die man uns in den Weg legt, voraussichtlich die Herren doch jetzt schon Konferenzen, wo sie darüber beraten, wann hier der Streit losgehen könnte. Wie wollen ihnen verraten, wann dies sein wird. Wenn es den Arbeitern paßt und den Herren am ungelegensten kommt. Die Herren fürchten wohl den Streit, aber daß er unangreifbar ist, wenn weiter solche Löhne bezahlt werden, wie bisher, scheinen sie nicht einzusehen. Mit Stundenlöhnen von 24 Pfennig unter und 20 Pfennig über Tage, kann die Zufriedenheit unter den Bergarbeitern sicher keine Wurzel fassen. Außer von Grube Gießmannsdorf fühlte sich hier kein Grubenbesitzer bemüßigt, auf die Forderung von 15 Pf. Lohnerschöhung zu antworten. Auf Grube Gießmannsdorf machte man dem Arbeiterausschuß klar, daß dadurch die höchsten Schichten beauftragt würden und könne man nicht eher auf die Forderung eingehen, bis die anderen Gruben mit ihren Löhnen gleich ständen. Dies war reingestens noch eine Antwort und sah man, daß auf Gießmannsdorf die Herren bereit sind, mit ihren Arbeitern friedlich auszuhandeln, automatisch auch schon geändert. D. Red.). Die abweisende Haltung der verschiedenen Grubenbesitzer besagt uns aber auch, daß wir im Guten bei diesen Herren nichts erreichen können, sondern sie es erst immer auf eine Machtprobe ankommen lassen. Für uns Bergarbeiter ergibt sich daraus die Notwendigkeit, immer stärker zu rüsten, unser Verband immer mehr zu stärken, neue Mitglieder zu werben, auf daß wir dem Tage der Abrechnung ruhig entgegensehen können.

Oberbergamtshauptbezirk Breslau.

Berusdorf. Eine schier unglaubliche Gesichter, wird von hier gemeldet. Wir geben sie hier wieder, wie sie uns mitgeteilt wurde, da es nicht nötig ist einen Kommentar hinzuzufügen. Seit nach der Reichstagswahl mitsie ein Bergarbeiter den Arzt in Berusdorf aufsuchte, um sich wegen der Erkrankung seiner Tochter Rat zu holen. Er traf den Herrn auf seinem Gehöft, doch kaum hatte derselbe den Bergmann erblickt, so fuhr er ihn an, daß der Mann sofort sein Gehöft verlassen sollte, da derselbe Sozialdemokrat sei, auch wolle er (der Arzt) dafür sorgen, daß dem Bergmann seine Dienste gefordert werde und er keine Arbeit erhalten. So die uns zugesandte Mitteilung, vielleicht macht die Knapschaftskasse so den Bergern klar, daß sie ihre Behandlung jedem Bergmann zutun. lassen müssen, ohne sich dabei um dessen Partei-zugehörigkeit zu kümmern.

Kattowitz (Ob. Sgl.) Am 17. Februar fand im hiesigen Gewerkschaftshause eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt. Kamerad Adamel referierte über das Thema: "Warum haben wir noch keine Lohnerschöhung und wie können wir eine solche und bessere Sozialgesetze für den Bergarbeiterstand erringen?" An der Hand geschichtlicher Daten wies der Referent nach, daß sämtliche Sozialgesetze, welche zwar noch unzureichend, nur das Produkt des Kampfes der Arbeiterschaft sind. Nicht freiwillig, wie die Kapitalisten behaupten, sondern aus Angst vor dem aufstrebenden Proletariat, aus Angst vor dem erwachenden Klassenbewußtsein, aus Angst vor den anmarschierenden Arbeitervataillonen, hat man in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881" den Auspruch der Hilfsbedürftigen auf eine größere Sicherheit und Errichtung des Verständes anerkannt". Jedoch nur anerkannt. Über vom anerkennen bis zum gewöhnen, ist noch ein weiter Weg, ein dormentischer Kampfesweg, den die Arbeiterschaft gehen muß, bis sie das erlangt, was vor 26 Jahren anerkannt worden ist. Wir haben zwar die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetze, wie haben die Bergarbeiter, welche das Arbeitsverhältnis, die Knapschaftskasse und die polizeilichen Vorschriften "regeln". Nicht das allein. Diese "Sozialgelehrte" sind schon wiederholt durch sogenannte Novellen "verbessert worden". Klar und gut, wir haben sofort Hundert Paragraphen, daß dem Bergmann die Haare zu Berge stehen, wenn er daran denkt, wie herrlich der Staat für uns Arbeiter sorgt, wie er "unsere Eltern bis ins hohe Alter gesichert hat". Ist das wirklich so? Ja, gewiß auf dem Papier! Die rauhe Wirklichkeit ist eine ganz andere. Der gewöhnliche Arbeiter findet sich durch das Konglomerat von Paragraphen garnichts zu retten. Aber er braucht sie nicht erst zu studieren, er spürt es täglich in der Praxis an seinem Leibe, was für "Wohltaten" er genieht. Wie ist das Arbeitsverhältnis, die freie Vereinigung geregt? Wie heißt es: Vogel frisch oder stirb. Entweder bist du zuständig, oder scher dich zum Teufel. Das Kavalionsrecht ist doch da. Ja, aber wer davon Gebrauch macht, der wird mit schwarzen Listern verfolgt, der soll verhungern. Organisieren ist erlaubt, im Kriegerverein. Hurra schreien, strecken nicht. Das schädigt Staat und Gesellschaft, allerdings müssen wir hinzusezgen, die kapitalistische Gesellschaft. Diese bildet nach dem Begriff der Herren "Wohltäter", den Staat, nicht das Kapital, nicht die Millionen Arbeitssubjekte, die alle Werte schaffen. Die neue Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsserme, das Knapschaftsgesetz, hat uns gezeigt, aus welchen Reichen der Wind pfeift. Und wie steht es mit dem Arbeiterschutz? Alle Tage neue Leichen, zerstörte Glieder, neue Katastrophen, neue Majestätsverbrechen, unter Bergarbeiterkontrolleure gibt es nicht. Es genügt ja, wenn eine Welle nichtsagender Paragraphen auf dem Papier stehen. Ist das Massenunglück einmal gar zu groß, nun, dann werden einige Beleidungstelegramme der "hohen und höchsten Herrschaften" an die Opfer gesandt, schließlich noch einige Bettelpfennige gesammelt und die Sache ist bis zum nächsten Massenmord wieder geregelt. Dann gibt es doch aber Rente, sagen die Gegner. Gewiß, aber was für welche und auf welche Art und Weise muss sie errungen werden? Besonders die oberösterreichischen Juvaliden und Witwen wissen ein sehr trauriges Liedchen davon zu singen. Mit unterdrücktem Fluchen, mit Tränen in den Augen verlassen oft die Opfer des Kapitalismus die Schiedsgerichte. "Hätte es mich doch lieber gleich ganz erschlagen", barnt so mancher Juvalide mit zerschmetterten Knochen, "dann hätte ich es nicht mehr erlebt, daß man mich als Simulanten verdächtigt; daß man an den Hals meines Körpers nicht glaubt". Der begutachtende Arzt kann die Ansprüche der Bergarbeiter nicht an die Gefundheit nicht kennen, und noch nie hat man in Oberösterreich gesehen, daß der Beifitzer aus dem Arbeitervorstand für den Bergarbeiter ein Wort gesprochen hätte. Er fühlt sich abhängig; ja viele kennen nicht einmal ihre Bezugsnisse, und so steht der Viehmarkt hilflos da. Er versteht nicht den Vorsitzenden, und der Vorsitzende versteht ihn nicht, zur langen Auseinandersetzung und Verhandlung ist aber auch nicht Zeit, denn zwanzig andere warten schon draußen, die auch noch in den zwei bis drei Stunden erledigt werden müssen. Oft in zehn, ja sogar in fünf Minuten wird über sein oder nichtsein einer ganzen Invalidenfamilie entschieden. Es ist nicht überall so. Da, wo sich die Arbeiterschaft organisiert hat, wo organisierte Beifitzer sind, ist trotz der Unzulänglichkeit und Mangelhaftigkeit dieser Sozialgesetze wenigstens noch etwas herauszuschlagen, für die Arbeiter der Armen. Redner geht dann weiter auf die Ende vorigen Jahres eingeleitete Lohnbewegung ein, daß die auf Grund der neuen Berggesetze möglichen Arbeiterausschüsse vollständig versagt haben. Die gestellten Lohnerschöhungsaufträge sind in Überfleiss abgeschaut. Da die Ausschüsse etwas tun wollten, bat man sie brutal gemacht, mundtot gemacht. Als Beweis dafür haben wir den in der Versammlung aufgeworfen Kameraden Pawlok, dem man lieber 14 Tage Lohn auszahlte, um ihn so schnell wie möglich von der Grube loszuwerden, nach zwanzigjähriger einwandfreier Arbeit und Führung, damit er auch andern als abschreckendes Beispiel diene. Nur kapitalistische Soldatschreiber können Lobeshymnen auf die bürgerliche Sozialreform austimmen, für uns ist der Beweis erbracht, daß diese vollständig ver sagt hat, daß wir von dieser Seite auch nichts positives in dieser Beziehung zu erwarten haben. Nach und nach können jetzt auch die "Christlichen" und die "Kirch-Dunkerchen" nicht mehr den Klassekampf ableugnen, denn es ist offensichtlich, daß wir bereits mittler im Klassekampf stehen, der von Tag zu Tag schärfere Formen annimmt, sobald die Arbeiter überhaupt es wagen, wenn auch bescheidene Forderungen zu stellen. Neuen Beweis dafür bilden die Attentatspläne auf die Arbeiterschaft der "mächtigsten" Schriftsteller, wie sie erst in vorheriger Woche im Zirkus Busch in Berlin ausgelegt wurden. Wenn einmal so ist, wenn wir von keiner Seite etwas zu erwarten haben, dann kann es auch für uns nur eine Parole geben, die Parole des Kampfes in der Organisation, bis zum Sieg. In der Diskussion sprachen noch die Kameraden Gepernik-Lauterhütte, G. Zulenze und ein tüchtiger

Arbeiter aus Lippe, welche die Aussführungen des Referenten durch Beispiele aus dem praktischen Leben bestätigen, wofür ihnen sowie dem Referenten lebhafte Beifall gespendet wurde. Im Schlussswort betonte der Referent, daß es nur an den Gegnern liege, wenn die heutige Lohnbewegung noch keinen praktischen Nutzen gebracht hat. Anstatt eines mächtigen Kapitals entgegengesetzten, suchen die Gegner (die praktischen Drabtschäfer), durch allerhand Lügen die Arbeiterschaft gegenseitig aufzuhören. Unser Verband und seine Mitglieder sind zum Kampf bereit, wenn wir mit den Anderen nicht rechnen möchten — daß sie möglicherweise als Streikbrecher uns in den Rücken fallen — wären die Verhältnisse schon heute andere, wir hätten schon die Lohnerschöhung. Daher muß jeder, der es mit der Verbesserung seiner Lage ernst meint, sich dem Bergarbeiter-Verband anschließen, und für dessen Ausbildung sorgen. Die Aufnahme der Statistik, muß energetischer wie bisher berieben werden, weil diese wichtige Arbeit während der Wahlbewegung vernachlässigt wurde. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende Kamerad Gepernik die schöne Versammlung. Nach der Versammlung traten acht neue Mitglieder dem Verband bei.

Süddeutschland und Reichslände.

Algiringen. Eine Kreisversammlung für das Fränkische hielt unser Verband am 16. Februar in Altenburg ab. Den Geschäftsbericht erstattete der Bezirksleiter Berg. Er führt aus, daß vor ungefähr einem Jahre ein Kamerad aus Deutsch-Oth den Verband vorstand erschien, doch einen Agitator nach Rothringen zu senden, da die Kameraden kein Zutrauen zu dem "christlichen" Gewerkeverein hätten. Kamerad Wizmann wurde nun nach Rothringen entsandt, und hielt einige Versammlungen ab, welche massenhaft Mitglieder, besonders in Deutsch-Oth brachten. Leider waren nicht die nötigen Kräfte dort vorhanden, auch taten die ersten beiden Vertrauensleute in Deutsch-Oth ihre Schuldt nicht und gingen uns dadurch wieder viele Mitglieder verloren. Am 8. Januar 1908 wurde dann Kamerad Berg als Bezirksleiter für Rothringen angestellt. Seit dessen Amttritt wurden 27 Versammlungen angenehmt, doch konnten nur 22 davon abgehalten werden, da unsere Gegner alles daran setzten, uns die Säle zu Versammlungen abzutreten. Außerdem fanden noch 21 Privatversammlungen statt, welche in Rothringen keiner Aufführung bedürfen. In ebenen "christlichen" Versammlungen sprachen wir zur Diskussion und fertigten unsere Gegner so ab, daß sie vorläufig nicht mehr wagen, freie Diskussion zu geben. Aufnahmen wurden 458 gemacht, 95 der Aufgenommenen sind wieder abgegangen. Zu Krankenbett wurde für ein Mitglied 10 Mark gezahlt, sowie an zwei Mitglieder 158 Mark Gemahnenunterstützung. Streits, an welchen wir beteiligt waren, fanden zweit statt, die beide mit Erfolg beendet wurden. Auf Grube Comendrie verlangten die Kameraden Anstellung eines Wiegkontrollors, was auch nach kurzen Ausstand bewilligt wurde. Nur ein Kamerad mußte einige Wochen vom Verband unterstellt werden. Der zweite Ausstand betraf die Grube Neulind bei Dettelbach. Hier verlangten die Kameraden genaueres Abwiegen der Förderwagen, der Erfolg war auf unserer Seite, das merken die Kameraden am besten. Der heutige 2 bis 8 Förderwagen weniger zu liefern brauchen — für einen Wagen (10000 Kilogr.) als selbster. Doch brachte diese Kämpfe mit dem Unternehmertum auch gleich einen schärferen Wind mit. Schriftsteller und Behörden machen Front gegen uns, doch konnten sie die Weiterentwicklung des Verbandes nicht hindern. Besonders gehäuft kämpften hier die "christlichen" gegen uns an, und die "christliche" Rothringener Volksstimme hat es schon öfters versucht, in ihren Spalten die Polizei oder den Staatsanwalt auf uns aufmerksam zu machen, um uns einige Strafmandate zu beschaffen. Doch hatte sie mit diesem "christlichen" Wirken keinen Erfolg. Doch um nicht ganz leer auszugehen, befreite uns die heilige Herinnand mit einigen Strafanzeigen wegen Flugblattverbreitung, gegen die wir Einspruch erhoben haben und stets freigesprochen wurden. Eine Anklage bekam auch unser Kamerad Berg wegen angeblicher Betreibung eines Arztes, die ihm am 8. Februar 4 Monate Gefängnis einbrachte, zur stillen Eintheilung in sich, und um auszurüsten von den Strapazen eines Strafverteidigers. Die Herren gehen wirklich mit den Monaten sehr freigebig um. Doch ist schon gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und wird die Sache wohl quälernd abgehen, denn Kamerad Berg sitzt nicht gerne auf Kosten des Steuerzahlers. Ein Kamerad von Dettelbach, der an der Konferenz teilnahm, bestätigte die Aussführungen Bergs, daß auf Grube Neulind ein schöner Erfolg erzielt worden sei; gebe es doch Kameradschaften, die heute 300 bis 500 Kilo mehr bezahlt bekommen bei der Wagenzählung wie vor dem Streit. Kamerad Leipziger hielt noch einen ausgezeichneten Vortrag, in dem er unter anderem auch ausführte, daß in einem Umkreis von 24 Ortschaften nur ein Lokal für öffentliche Versammlungen zur Verfügung steht. Privatversammlungen abzuhalten sei wohl möglich, doch nützen diese wenig. Die "christlichen" dagegen, welche kaum noch 300 Mitglieder haben, bestehen Lokale genug, doch ist es wegen ihrer gehässigen Kämpferweise nicht möglich, mit ihnen zusammenzugehen. Kamerad Berg, sowie ein aus Westfalen zugewanderter Kamerad beteiligten sich an der Diskussion und fand noch eine rege Ansprache statt. Ferner wurde der Wunsch ausgedrückt, das Kiever solle in der Zeitung besser berücksichtigt werden, wie bisher, da die "christlichen" nicht den Nutzen besäßen, Missstände in ihrem "Bergknappen" zu veröffentlichen, müßte dies von unserer Seite geschehen. Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig gestellt und auch angenommen. (Es hätte dieses Antrages nicht bedurft, denn was von Rothringen kommt und ausnahmsfähig ist, hat noch immer Platz in unserem Organ gesunden. Wenn natürlich Gerichtsverhandlungen über Lohnstreitigkeiten eines Fördergerüsts vorliegen, darf der Antrag auf Generalversammlung nicht für Aufnahme dringen. Darin wird der Antrag zur Generalversammlung auch keine Aenderung schaffen können. Auch schon einmal gebrachtes zu wiederholen, kann doch wirklich kein Interesse für die Kameraden haben. Also nur Missstände gebracht, wir werden sie selbstverständlich bringen, auch ohne Antrag. D. R.) Ferner wurde ein Antrag, vom vierten Tage ab Krankenbeitrag zu zahlen, einstimmig gestellt. Als Delegierter zur Generalversammlung wurde Kamerad Leipziger vorgeschlagen.

Aus dem oberhessischen Bergwerksrevier. Schon des öfteren wurde darauf hingewiesen, daß es noch eine Menge von Arbeitern gibt, die Tageszeitungen lesen, welche es dem Bergmann glauben bieten zu können, ihn bald in jeder Nummer zu bestimmen. Auch bei uns findet man noch aus dem Tische des Arbeiters eine Sorte Presse, bei deren Durchlesen einem die Jörnestsche ins Gesicht steigt. Der Zorn darüber, daß sich Blätter, die von den Abonnenten und zwar größtententeils von Arbeitern über Wasser gehalten werden, herausnehmen, ihre Spalten Scharfmacher zur Verfügung zu stellen. Die Herren Preußlitis reden wohl das Geld des Arbeiters ein, aber zum Dank dafür sprechen sie in ihrem Organ ihm jedwedes Recht ab. So gibt es auch noch nicht ungefähr 300 Bergarbeiter, die ein "parteiloses" Blatt lesen. Diese Kameraden scheinen noch nicht beweckt zu haben, wie widersprüchlich dieser Blätter sind gegen die Forderungen der Bergarbeiter, denn es jede neue Belastung der Armuten der Armen bestimmt und in verstarker Weise sich überall anzubieten sucht. Es sei nur an das bekannte Flugblatt betreffs der Fleischküche erinnert, wo man die Arbeitern noch mit Hohn und Spott überschüttete. Trotzdem lesen die Kameraden das Blatt, oder wenn sie es nicht lesen, kaufen sie es als Haushaltspapier, denn — das Blättchen verschafft ja die Bergarbeiter, obwohl die Versicherung wegen der erhöhten Unfallgefahr nur die Hälfte gegenüber den anderen Arbeiterschaften beträgt. Kameraden, lasst euch nicht durch solche Körner überreden, es wäre nicht das erste Mal, daß ein Arbeiter einer Zeitung gegenüber erst klagen muß, ehe er die versprochene Summe erhält — oder auch nicht. Unsere Aufgabe als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter muss sein, nur die arbeitsfreudliche Presse zu halten. Wollen wir denn noch unsre Freunde unterstützen? Hinzu aus der Wohnung mit den Zeitungen, die heute für morgen gegen uns schreiben; eben wie gerade der Wind geht, nach dem sie ihr Mantelchen hängen. Lasst euch nicht zum Arbeiterverrat missbrauchen, indem ihr unseren Gegnern noch die Haken in die Kücke jagt, indem ihr mit euren Arbeiterschwestern ihre seile Presse unterstützen. In jede Arbeitersfamilie gehört auch eine Zeitung, die uns in ihren Spalten aufklärt und für uns kämpft.

Briefkasten.

Steuereinschätzung und Lohnberechnung! Auf viele Auffragen teilen wir mit, daß der § 23 des preußischen Einkommensteuergesetzes die Arbeitgeber verpflichtet, der Steuerbehörde den genauen Jahresverdienst des Arbeiters mitzutellen. Die Zeichenvorwaltungen sind also nun gelegentlich verpflichtet, der Steuerbehörde den Lohn eines jeden Belegschaftsmitgliedes anzugeben. Natürlich kommt es nicht darauf an, in wieviel Schichten der Lohn erzielt wurde, danach fragt die Steuerbehörde nicht. Die von der Bergarbeiterorganisation vorgenommene Ein-

sammlung der Wohnbücher und Wohnstatistik hat mit der Steuer einschätzung gar nichts zu tun. Wer das Gegenteil sagt, schwatzt Unsinne. Was der Arbeiter verdient hat, muß die Zeichenverwaltung nach dem neuen Gesetz der Steuerbehörde mitteilen.

H. Recklinghausen. Sicher können Dir die 2 Mark abgeholten werden. Es braucht nicht gerade immer ein Paragraph zu sein, der zur Bezahlung zwinge, sondern öfters entscheidet auch die hergebrachte Sitz. Da die anderen alle die 2 Mark gebucht haben, kannst Du Dich auch nicht davor brüten. Also raus mit den Monaten! — Sodingen und Bottrop. Dem Volksschul überstand, solche Einsendungen sind direkt an die Tagespresse zu übersenden. — Weiters. Einige Mitglieder des Verbands. Anonyme Büschelten wandern in den Papierkorb. Hein. Mensch ärgere Dich doch nicht, gewiß kann es wahr sein, daß der "Bergknappe" noch viele Einsendungen über Mißstände auf der Redaktion liegen hat. Es ist dies doch kein Wunder, wer keine Einsendungen von Mißständen veröffentlicht, bei dem bleiben sie eben liegen. Der "Siegekunst" scheint die "christlichen" ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben, sonst würden sie ihren Mitgliedern nicht mitteilen, daß noch viele Einsendungen bei ihnen liegen, während im "Bergknappen" die Mißstände immer sehr mager aussehen. trotz der zeitigen acht Seiten. — Bottrop. Sind drei Einsendungen eingelaufen ohne Unterschrift des Vertrauensmannes und Zahlstellenstempel. Dieselben können keine Aufnahme finden, da wir nicht jeden Kameraden kennen und einfach ohne Gewähr Mißstände bringen können.

Berbandsnachrichten.

An unsere Bezirksleiter!

Wir bitten um sofortige Einsendung der Wahlkreiseinteilung für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung, damit wir die Veröffentlichung vornehmen können.

Achtung! Vertrauensleute!

Wir ersuchen alle Vertrauensleute, uns sofort ein Exemplar derzeitigen Bürgerlichen Zeitungen zu übersenden, welche bis jetzt die Schmuckartikel unter der Überschrift: "Sozialdemokratische Wirtschaft" oder: "Wie die Sozialdemokratie mit den Arbeitern" großes Interesse vertrieben haben. (Siehe auch den Artikel in dieser Nummer unter der Überschrift: "Deutsche Thugs").

Achtung! Das den heutigen Paletten beiligende rote Kuvert ist an den ersten Vertrauensmann sofort abzugeben.

Wegen Polizeipolizei ist das Mitglied Nr. 40580 Bernhard Vervoort in Wanne aus dem Verband ausgeschlossen. Wir warnen alle Kameraden vor dem Verkehr mit Vervoort, da er auch als Agent provocateur auftritt.

Das Mitglied Nr. 99288 Vinzenz Donajewski Alsfelden ist wegen Vorstoßbruch und unlössigem Vertrags ausgeschlossen.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß alle Mitglieder, welche mindestens 52 Wochen Mitglied sind, und länger als 14 Tage krank liegen, sich unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines bei ihrem Vertrauensmann zu melden haben.

Wer sich nicht sofort meldet, verliert jeden Anspruch auf Unterstützung.

Diejenigen Mitglieder, welche erbeitslos werden und mindestens für 52 Wochen volle Beiträge entrichtet haben, müssen sich sofort bei ihrem Vertrauensmann melden; wer es unterläßt, hat ebenfalls keinen Anspruch auf Unterstützung.

Dann machen wir die Kameraden nochmals darauf aufmerksam, daß Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand bleiben, die Rechte auf die im Statut vor geschriebenen Unterstützungen verlieren. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden Kameraden, daß er pünktlich seine Beiträge bezahlt, andernfalls schädigt er sich und seine Familie.

Achtung Wahlreglement!

In dem in der vorigen Nummer veröffentlichten Wahlreglement muß es unter Biffer II. Wahlberechtigung und Wählbarkeit in den ersten Abhängen folgendermaßen heißen:

1. Januar 1907 angehörte und nicht länger als zwei Monate die Beiträge schuldet, ist wählbar.

Unter Biffer XVII. Prüfung und Zusammensetzung des Ergebnisses durch das Zentralwahlkomitee, ist als Abhäng 4 einzufügen:

"Bei Stimmenungleichheit entscheidet das Los."

Wir bitten, von dieser Aenderung Notiz zu nehmen.

Der Vorstand.

Bücherrevision.

Dettwig. Im Monat März findet Bücherrevision statt.

Krankengeldauszahlung.

Aschersleben. Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr beim Vertrauensmann Paul Langer, hinter dem

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellung von Anträgen und Aussstellung von Kandidaten
zu unserer Generalversammlung.

Schledebach. Jeden ersten Mittwoch im Monat, im Lokale des Herrn Gall.

Wurzbach. Jeden ersten Sonnabend im Monat, im Lokale des Herrn Gall.

Guthaus, Dillenburg.

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats:

Querbach. Abends 7 Uhr, im Gasthof in Ansbach.

Querbach. Abends 7 Uhr, Restaurant "Umselbach".

Kreis. Nachmittags 8 Uhr, im Gasthaus "Zum schwarzen Bär".

Biebau. Abends 7 Uhr, im Lokale der Witwe Grunert.

Wildau. Abends 7 Uhr, im "Brauereigäßchen".

Sonntag, den 8. März 1907:

Wochau I. (Wiemelsbach). Nachmittags 5 Uhr, im Konferenzkammer des Verarbeiterschultheißen. — Vortrag des Kameraden Aßwerthauser über "Arbeitergewerbe" — Neuwahl eines ersten Beitragsmannes (wegen Vortrag des jetzigen).

Wohlgefallen als Delegierter zum Zentralwahlkomitee.

Großheubach. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Gellenthin in Großheubach.

Vortrag des Kameraden Hermann, Rathaus.

Hahn. Nachmittags 8 Uhr, im Verbandslokal.

Nicholsdorf. Nachmittags 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Wöhlfel in Nicholsdorf.

Vortrag des Kameraden Hermann, Rathaus.

Kattwörth. Nachmittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Rathausstraße 12.

Unter Generalversammlung und voll. Anträge zu beschließen.

Vorstand der Mitglieder mit Buch haben Auftritt.

Anträge. Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Münzstraße 2. — Bericht des Bezirksleiters. — Auftritt nur gegen Vorlesung des Bezirksleiters.

Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 8. März 1907:

Wilnsdorf, Wilhelmshöfe. Abends 8 Uhr, im Rest. Wilhelmshöfe.

Offentliche

Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 8. März 1907:

Cüthen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heilen. — Knappelsägeschmied, Räuber der Organisation und Aussagen des Bergarbeiter-Vorstandes.

Weimar. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Siebold.

Wartburg. Warum müssen die Arbeiter sich organisieren. Referent: Kamerad Weikert, Thann.

Sonntag, den 10. März 1907:

Frohburger Bogen. Nachmittags 2½ Uhr, im Saale der "Grünen Aue" in Frohburg. — Das Verhalten der Grubenbesitzer zu unserer Forderung: 15 Prozent Lohnzehrung und Einführung der neuständigen Schicht. Was lehren uns die Maßregelungen im Frohburger Bogen. Gewerkschaftliches. Referent: Kamerad Manil, Krause, Engau.

Kameraden, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen!

Achtung!

Der 8. 10. unterste Zeitung wird ein Prospekt der Firma Bonnes & Söhne, Verlagsbuchhandlung in Borsigwalde, veröffentlicht. Der Prospekt enthält: "Achterrichtschreiben für das Saale-Studium technischer Wissenschaften". Wie erzählen am 10. Februar um 10 Uhr eine Vorlesung.

Veranstaltung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Steuerregularisierung. 2. Erklärung des Personalausstauschs. 3. Anträge.

4. Vereinsangelegenheiten.

Es ist Pflicht der Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung

Sonntag, den 8. März 1907.

Herbolzhausen. Nach. 6 Uhr, beim Wirt Willemschöf (Willemschöf) für alle in der Braunkohlenindustrie beschäftigten Arbeiter. Tagesordnung: Die Lage der Braunkohlenarbeiter und wie können dieselben ihre Lage verbessern. Referent: Kamerad Schäffer, Sachsen. Zu dieser Versammlung sind alle Kameraden von Breitenbach, Bachsen, Gleuel, Berkenroth und Umgegend eingeladen.

Alle Kameraden müssen erscheinen.

Zu Vorzugspreisen

Stand durch unsere Vertrauensleute und Zeitungsboten zu begleiten:

Mehr Bergarbeiterluk. Ein Streit- und Mahnwort von Otto Hae.

Preis 10 Pf. Saarabien vor Gericht. Bericht über den Prozeß Hilger gegen Krämer unter Benutzung Kenotaphischer Aufzeichnungen.

Preis 30 Pf. — Ladenpreis 50 Pf.

Der Stand der deutschen Bergarbeiter. Vortrag des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes. Preis 10 Pf.

Unser Taktik beim Generalstreik. Vortrag von Otto Hae, gehalten auf der 16. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes.

Preis 10 Pf.

Das neue Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter. Altemdägige Schilderung des vom braunschweigischen Staatsparlament aus vom Zentrum gegen die Bergarbeiter verabschiedeten Gesetzes.

Preis 10 Pf.

Protokoll des ersten Bergarbeiter-Delegiertentages für Preußen. Einladungen von der Siebenkommission.

Preis 25 Pf. — Ladenpreis 50 Pf.

Protokoll des zweiten Bergarbeiter-Delegiertentages für Preußen. Einladungen von der Siebenkommission.

Preis 25 Pf. — Ladenpreis 50 Pf.

Protokoll der 16. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Berlin.

328 Seiten. Preis 30 Pf. — Ladenpreis 1 Mt.

Protokoll des 5. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Cöln, nebst dem Protokoll der 1. Konferenz der Arbeiterssekretäre. Preis 25 Pf. Ladenpreis 1 Mt.

Neue Lieder. Gedichte von S. Kampfen. Preis 75 Pf.

Aufsichtspostkarten vom Verwaltungsgeschoße und den Wohnhäusern des Bergarbeiterverbandes.

100 Stück 5 Pf.

Siebreizend

Ein junges, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiche, sanftmütige Haar und schöner Teint. Alles dies erzeugt die echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

Steckenpferd & Co., Badenau. 1 Stütz 50 Pf. überall zu haben.

Superior-Fahrüder

Zubehörteile

die vorzüglichsten und im Geschäft die billigsten sind.

Teilzahlungen

Die besten Uhren u. Golduhren.

Uhren-Glocken 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1200, 1500, 1800, 2000, 2500, 3000, 3500, 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 10000, 12000, 15000, 20000, 25000, 30000, 35000, 40000, 50000, 60000, 70000, 80000, 90000, 100000, 120000, 150000, 200000, 250000, 300000, 350000, 400000, 500000, 600000, 700000, 800000, 900000, 1000000, 1200000, 1500000, 2000000, 2500000, 3000000, 3500000, 4000000, 5000000, 6000000, 7000000, 8000000, 9000000, 10000000, 12000000, 15000000, 20000000, 25000000, 30000000, 35000000, 40000000, 50000000, 60000000, 70000000, 80000000, 90000000, 100000000, 120000000, 150000000, 200000000, 250000000, 300000000, 350000000, 400000000, 500000000, 600000000, 700000000, 800000000, 900000000, 1000000000, 1200000000, 1500000000, 2000000000, 2500000000, 3000000000, 3500000000, 4000000000, 5000000000, 6000000000, 7000000000, 8000000000, 9000000000, 10000000000, 12000000000, 15000000000, 20000000000, 25000000000, 30000000000, 35000000000, 40000000000, 50000000000, 60000000000, 70000000000, 80000000000, 90000000000, 100000000000, 120000000000, 150000000000, 200000000000, 250000000000, 300000000000, 350000000000, 400000000000, 500000000000, 600000000000, 700000000000, 800000000000, 900000000000, 1000000000000, 1200000000000, 1500000000000, 2000000000000, 2500000000000, 3000000000000, 3500000000000, 4000000000000, 5000000000000, 6000000000000, 7000000000000, 8000000000000, 9000000000000, 10000000000000, 12000000000000, 15000000000000, 20000000000000, 25000000000000, 30000000000000, 35000000000000, 40000000000000, 50000000000000, 60000000000000, 70000000000000, 80000000000000, 90000000000000, 100000000000000, 120000000000000, 150000000000000, 200000000000000, 250000000000000, 300000000000000, 350000000000000, 400000000000000, 500000000000000, 600000000000000, 700000000000000, 800000000000000, 900000000000000, 1000000000000000, 1200000000000000, 1500000000000000, 2000000000000000, 2500000000000000, 3000000000000000, 3500000000000000, 4000000000000000, 5000000000000000, 6000000000000000, 7000000000000000, 8000000000000000, 9000000000000000, 10000000000000000, 12000000000000000, 15000000000000000, 20000000000000000, 25000000000000000, 30000000000000000, 35000000000000000, 40000000000000000, 50000000000000000, 60000000000000000, 70000000000000000, 80000000000000000, 90000000000000000, 100000000000000000, 120000000000000000, 150000000000000000, 200000000000000000, 250000000000000000, 300000000000000000, 350000000000000000, 400000000000000000, 500000000000000000, 600000000000000000, 700000000000000000, 800000000000000000, 900000000000000000, 1000000000000000000, 1200000000000000000, 1500000000000000000, 2000000000000000000, 2500000000000000000, 3000000000000000000, 3500000000000000000, 4000000000000000000, 5000000000000000000, 6000000000000000000, 7000000000000000000, 8000000000000000000, 9000000000000000000, 10000000000000000000, 12000000000000000000, 15000000000000000000, 20000000000000000000, 25000000000000000000, 30000000000000000000, 35000000000000000000, 40000000000000000000, 50000000000000000000, 60000000000000000000, 70000000000000000000, 80000000000000000000, 90000000000000000000, 100000000000000000000, 120000000000000000000, 150000000000000000000, 200000000000000000000, 250000000000000000000, 300000000000000000000, 350000000000000000000, 400000000000000000000, 500000000000000000000, 600000000000000000000, 700000000000000000000, 800000000000000000000, 900000000000000000000, 10000000000000000